

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Diskussionsangebot aus Berlin-Nordost zur Stärkung der DKP

11 Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland

Die am 3. Oktober 1990 von der BRD annektierte DDR ist heute ein durch westdeutsche Sonderbeamte überwachtes halbkoloniales Territorium der Bundesrepublik Deutschland mit zerstörter Industrie, eingeschränkter Landwirtschaft und geschmähter Kultur. Deshalb erhebt die DKP, ausgehend von ihrem 15. Parteitag, folgende Forderungen zur Wiederherstellung der Lebensgrundlagen und der Würde der Ostdeutschen:

1. Verbot der westimportierten Organisationen mit faschistischen Zielen und Nazi-Ideologie! Aburteilung und Enteignung ihrer Hintermänner und Geldgeber! Entlassung aller Richter, die Aufmärsche von Neonazis genehmigt haben! Konsequente Wiedereinführung der antifaschistischen Lehrinhalte an allen Schulen, Hochschulen und Universitäten!

2. Schluß mit der entwürdigenden Unterbezahlung der ostdeutschen Arbeiter und Angestellten als Vorbereitung des weiteren Sozialabbaus in den alten Bundesländern! Schluß mit den ungleichen Renten und dem Rentenstrafrecht! Gleichstellung jetzt!

3. Wiederaufbau einer modernen Industrie, die zu drastischer Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit sowie der Abwanderung junger Fachkräfte und ihrer Familien führt! Bereitstellung der dazu erforderlichen staatlichen Investitionen, besonders für ökologische Aufgaben! Keine weiteren Betriebs-schließungen!

4. Schaffung unangreifbarer juristischer Garantien für den Schutz von Bodenreformland und Entlastung der Bauern von sogenannten Altschulden! Schutz des nach DDR-Gesetzen rechtmäßig erworbenen Eigentums oder Überlassungsrechts an Grundstücken und Gebäuden! Effektive

Förderung von Handwerk und Klein-gewerbe!

5. Ausarbeitung und Realisierung eines Sonderarbeitsbeschaffungsprogramms für die zwangsweise aus dem Arbeitsprozeß gedrängten Frauen! Wiederherstellung der Bedingungen für gleiche Berufschancen!

6. Staatliche Garantien für Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle Jugendlichen! Rückkehr zu gleichen Bildungschancen für alle!

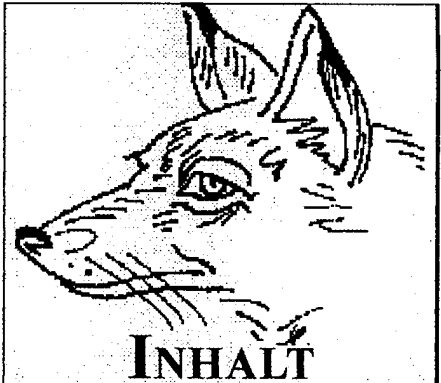
7. Wiedereinführung der unentgeltlichen medizinischen Betreuung sowie der kostenlosen Abgabe von Medikamenten! Schluß mit der kommerziell bedingten Limitierung von Leistungen des Gesundheitswesens!

8. Entlastung der Kommunen von Altschulden! Wiederherstellung zumutbarer Tarife für kommunale Dienstleistungen einschließlich Nahverkehr!

9. Ungehinderte Verbreitung der humanistischen DDR-Literatur- und Kunst in den Massenmedien! Rehabilitierung aller gemäßregelten Angehörigen der Intelligenz! Hände weg vom Palast der Republik! Schluß mit dem Abbau kultureller Einrichtungen!

10. Einstellung der Siegerjustiz! Rehabilitierung und Entschädigung der widerrechtlich verurteilten Hoheitsträger sowie der entrechteten Angehörigen aller bewaffneten Organe der DDR! Säuberung der Justiz von Richtern, die sich der Rechtsbeugung schuldig gemacht haben!

11. Juristische Verfolgung krimineller Einheitsgewinnler; Beschlagnahme früheren Volkseigentums, das auf ungesetzliche Weise in die Hände von Spekulanten geraten ist, und dessen Überführung in Kommunaleigentum!



Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland	S. 1
Wortmeldung nach Duisburg	S. 2
Gemeinsam gegen „Tunnelstrategie“	S. 3
Hut ab vor Hochhut	S. 5
Prügel für Antifaschisten	S. 6
Die Treue ist das Mark der Ehre	S. 7
Neofaschismus - ein originales Westgewächs	S. 8
Die Cottbusser Weichenstellung	S. 9
Ein gefährlicher Spagat	S. 10
Im Klassenkampf besiegt	S. 11
Was aus den sächsischen Bergleuten wurde	S. 12
Studieren, schulen, vereinen!	S. 13
Marx, Engels und die Dritte Welt (Teil 1)	S. 14
Warum sie Kabila stürzen wollen	S. 15
Ein großer Arbeiterführer	S. 16
No Pasaran	S. 16
Kommunist und Himmelsstürmer	S. 17
Glückwunsch an die PTB	S. 17
Von Blum zum Petain	S. 18
Hue sucht Hilfe bei Jesus	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Anzeigen & Infos	S. 24

Ein Vorschlag, wie ihn der 15. Parteitag forderte

Wortmeldung nach Duisburg

Auf Seite 1 haben wir 11 Vorschläge abgedruckt, deren Verwirklichung die politische und soziale Lage in Ostdeutschland wesentlich verbessern würde. Das Angebot aus der DKP-Gruppe Berlin Nordost bedarf eines erläuternden Wortes.

In unzähligen Gesprächen ist seit längerem immer wieder der Gedanke laut geworden, daß sich unsere Partei zu den spezifischen Problemen der Ostdeutschen äußern müsse. Denn wir können nur so stark sein, wie es uns gelingt, die Interessen der Werktätigen, der Diskriminierten und Entrechteten aufzugreifen und sie politisch zu vertreten. Dazu muß die DKP auch in diesem speziellen Fall ihre Politikangebote klar benennen und öffentlich bekunden, in welchen Richtungen sie den Kampf gegen den halbkolonialen Status der Ostdeutschen führen will. Heinz Stehr hat hierzu auf dem 15. Parteitag der DKP in Duisburg erklärt: „Wir sind bisher wenig als konstruktive Kraft in den neuen Bundesländern erkennbar. Wir haben die spezifischen politischen Herausforderungen (in Ostdeutschland) ... weder gründlich analysiert noch daraus ... Forderungen entwickeln können.“

Dem trägt der Entwurf aus unseren Reihen Rechnung. Wir versprechen uns davon eine Schärfung des Profils der Partei in der Öffentlichkeit, eine Basis für Absprachen mit Bündnispartnern und wichtige inhaltliche Anknüpfungspunkte für die Gewinnung neuer Mitstreiter. Wir müssen end-

lich deutlich machen, mit welchen aktuellen Zielsetzungen wir uns an die Seite der früheren DDR-Werkstätigen stellen. Die DKP muß erklären, was aus ihrer Sicht die Kernprobleme im Osten sind und welche Lösungswege sie dafür anzubieten hat. Das schließt natürlich nicht aus, daß die eine oder andere Passage des Vorschlags auch Elemente enthält, die nicht minder auf die Situation in den alten Bundesländern zu treffen. Das Zusammenfließen von Forderungen ist kein Mangel, sondern ein Vorteil, wenn es die massenpolitische Wirksamkeit unserer Arbeit unterstützt. Es handelt sich übrigens durchweg um Forderungen im Rahmen des gültigen Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Der durch eine Gruppe von Genossen vorgelegte Textentwurf für dieses Angebot wurde den Teilnehmern der Oktober-Versammlung der Gruppe Berlin Nordost in einer ersten Rohfassung übergeben; in die überarbeitete und jetzt veröffentlichte Form sind bereits über 37 schriftlich oder mündlich unterbreitete Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge eingeflossen - ein Beweis für die aktive Mitarbeit vieler Genossinnen und Genossen. Auf Endgültigkeit wird keinerlei Anspruch erhoben. Wichtig wäre es, daß sich an der Diskussion möglichst viele Mitglieder und Sympathisanten aus ostdeutschen Parteiorganisationen mit ihren Zeitungen beteiligen.

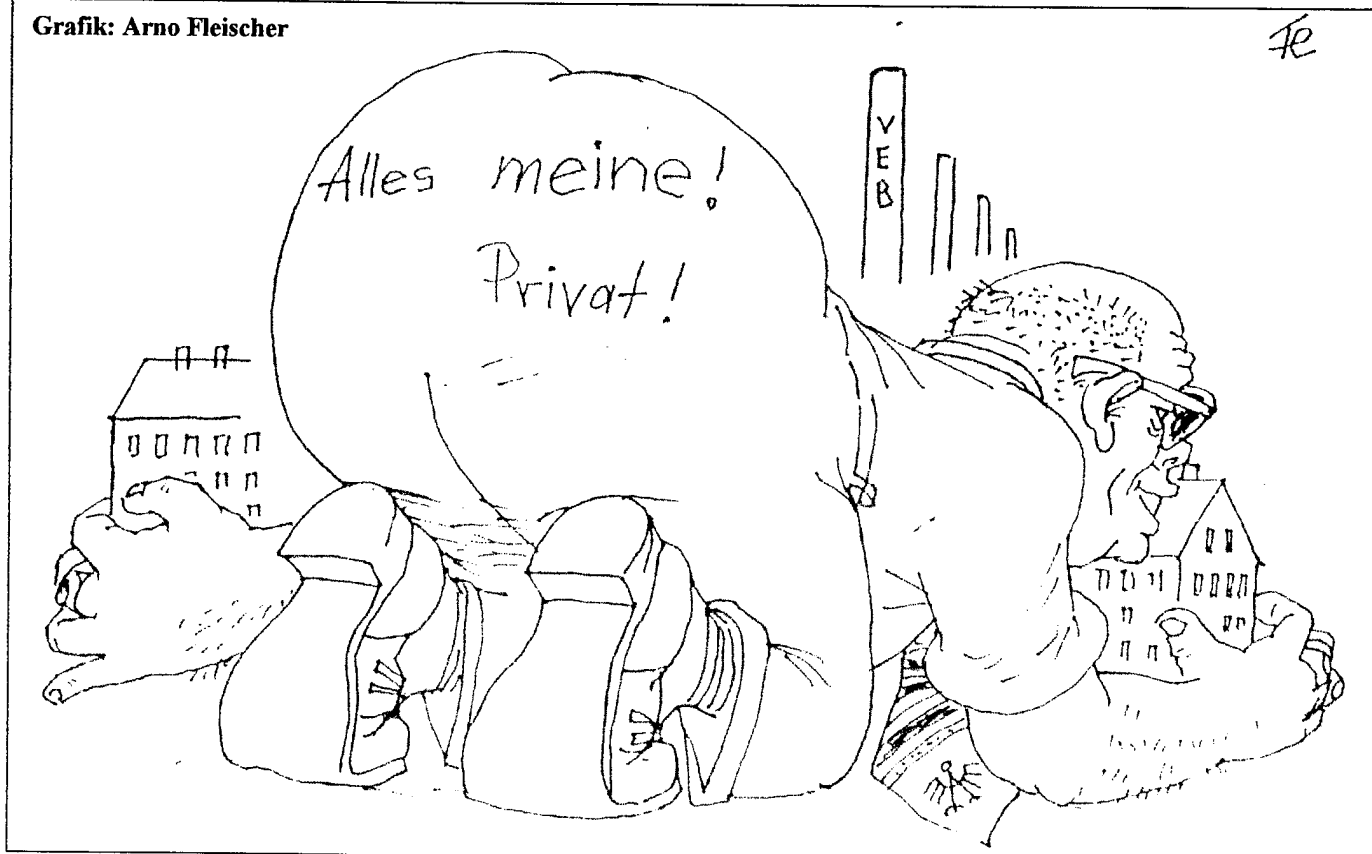
In der vorliegenden Variante sind unsere

Forderungen gewolltermaßen losungshaft so verknüpft, daß sie auf nur einer Seite des RF Platz finden konnten. Daher müssen der „RotFuchs“ und andere Parteizeitungen die konkrete Argumentation zu den einzelnen Aussagen noch beisteuern, wobei wir uns der Mühe unterziehen wollen, Experten als Autoren zu gewinnen. Eine große Hilfe wäre es, wenn sich die UZ führend in die Debatte einschalten würde. Am Ende der Diskussion sollte durch Vertreter aller ostdeutschen Parteiorganisationen eine Fassung erarbeitet werden, die der Parteivorstand noch vor dem nächsten UZ-Pressfest beraten und beschließen könnte. Davon ausgehend müßten unsere Ziele in öffentlichen Veranstaltungen, an Info-Ständen, durch Flugblätter und andere geeignete Aktionen in das Bewußtsein größerer Bevölkerungsgruppen gerückt werden. So würde die DKP in Ostdeutschland einen höheren politischen Stellenwert gewinnen. Alle Erfahrungen bestätigen nämlich: Die Stärkung der Partei, die Gewinnung neuer Kämpfer, die sich linke Positionen bewahrt oder gewonnen haben, geht nur über die Propagierung attraktiver Politikinhalte.

Noch einmal sei aus Heinz Stehrs Parteitagsspreche zitiert: „Vieles ist zu erarbeiten, unabhängigbar dazu ist eine konstruktive Diskussions- und Arbeitsatmosphäre.“ Diesem Zweck dient unser Angebot.

M. F.

Grafik: Arno Fleischer



Zur Imperialismus-Konferenz von „offensiv“ und „RotFuchs“

Gemeinsam gegen „Tunnel-Strategie“

Mit annähernd 250 Teilnehmern fand am 28. und 29. Oktober die gemeinsam von den Redaktionen der Zeitschriften „offensiv“ und „RotFuchs“ - eine aus dem Westen, eine aus dem Osten - ausgerichtete Konferenz „Imperialismus und anti-imperialistischer Kampf im 21. Jahrhundert“ statt. Sie gestaltete sich zu einem lebendigen Informations- und Meinungsaustausch von Kommunisten aus 13 Ländern, war getragen vom Geist des proletarischen Internationalismus und erneuerte oder begründete unzählige politische wie auch persönliche Kontakte. Unter den Anwesenden befanden sich prominente Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler aus der DDR wie Karin Gregorek, Peter Hacks, Prof. Hanfried Müller und Prof. Rosemarie Müller-Streisand, Herausgeber der „Weißenseer Blätter“. Dieter Noll übergab zehn seiner Bücher als Beitrag zur Finanzierung der Konferenz.

Die Mehrzahl der Teilnehmer kam aus der PDS oder deren Umfeld in Ost und West bzw. war parteilich ungebunden, die KPD vertraten u. a. ihr Vorsitzender Werner Schleese, der am 2. Tag ein kurzes Referat hielt, und weitere Genossen, von der DKP beteiligten sich Abgesandte aus mehreren ostdeutschen Regionalorganisationen, ihr Berliner Bezirksvorstand war mit sechs seiner Mitglieder zugegen. Unter den Teilnehmern sah man Generalmajor Prof. Willi Opitz, Inge Lange, Vertreter des Anti-imperialistischen Forums und Kundschafter des Friedens. Eine Reihe von Organisationen, Gruppen und Zeitschriften - darunter KAZ und SDAJ - bot an Ständen ihre Materialien an.

Was war charakteristisch für die Konferenz? Frank Flegel („offensiv“): „Aus meiner Sicht drei Aspekte: Erstens das Bedürfnis nach Zusammenarbeit der Kommunisten. Zweitens das hohe inhaltliche Niveau vieler Beiträge. Drittens die eindeutige Stellungnahme gegen Revisionismus“. Klaus Steiniger („RotFuchs“): „Das internationale Kaliber. Mit der Konferenz prägen wir sicher nicht die Weltbewegung, aber sie vermittelt wichtige Impulse für den weiteren Zusammenschluß.“

Es wurden 18 Referate und Kurzreferate sowie 30 Diskussionsbeiträge gehalten. Am Abend des ersten Tages gab es ein Kulturprogramm von **Achim Bigus**, am zweiten Tag wurde die Konferenz mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale beschlossen.

Die Referate waren von ganz unterschiedlicher Art; sie reichten von streng wissenschaftlichen Ausführungen mit sehr prinzipiellen Aussagen bis zu spannenden Berichten über aktuelle Klassenkämpfe in einzelnen Ländern.

Daneben war die Konferenz reich an emo-

tionellen Höhepunkten. So etwa, als **Ulrich Huar**, der am zweiten Tag über die marxistisch-leninistische Parteitheorie als Antwort auf den Imperialismus sprach, zu seinem letzten großen öffentlichen Vortrag ans Rednerpult trat und sich wie eh und je als streitbarer Kommunist erwies. Oder als der kongolesische Genosse Shungu Tundanonga sich seiner Teilnahme an den Weltfestspielen 1973 in Berlin erinnerte, als Brigitte Müller von ihrem bewegenden Zusammentreffen mit Alvaro Cunhal in Portugal berichtete oder auch als Teddy-John Frank aus Schweden anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung seiner Partei einen Strauß roter Nelken erhielt. In jeder Minute der Konferenz konnte man das Bedürfnis nach Zusammenhalt der Kommunisten verspüren, was sich auch im freundlichen Tenor der Diskussionsbeiträge widerspiegelte, selbst da, wo unterschiedliche Meinungen deutlich wurden.

Das in seinem theoretischen Gehalt wohl am weitesten gespannte Referat hielt **Harpal Brar**, ehemaliger Professor, führender Funktionär der Socialist Labour Party des früheren Präsidenten der Miners Union Arthur Scargill und Vorsitzender der Gewerkschaft der indischen Arbeiter in Großbritannien. Seinem Vortrag „Lenins Imperialismustheorie, die aktuelle ökonomische Entwicklung des Imperialismus und Schlußfolgerungen daraus“ wünschte man vor allem in den europäischen Parteien große Verbreitung. Anhand einer Fülle neuester Fakten und Aussagen bewies er die Gültigkeit und Lebenskraft der Leninschen Gedanken für unsere Tage. „Lenins Theorie gilt mehr als je zuvor“, die Konzentration der Produktion und die Zentralisation des Kapitals hätten unvorstellbare Ausmaße erreicht, die Monopolbildung in der Industrie, im Handel und im Bankwesen sei nach wie vor die ökonomische Grundlage für die Herrschaft des Imperialismus. Auch alle anderen von Lenin aufgedeckten Merkmale besäßen ihre volle Gültigkeit. Der Begriff „Globalisierung“ sei nur eine bürgerliche Umschreibung dieses Sachverhalts. Es gebe keine prinzipiell neuen, sondern nur auf die Spitze getriebene Eigenschaften. „Noch nie waren ökonomische und politische Macht in so wenigen Händen konzentriert wie heute und noch nie waren sie so außer Kontrolle.“ Die Erlöse der zehn größten internationalen Konzerne überträfen das Bruttosozialprodukt der 100 ärmsten Länder; 1,5 Milliarden Menschen hätten weniger als einen Dollar pro Tag zum Leben. Mit der Macht der Monopole hätten sich auch Umfang und Einfluß der Arbeiteraristokratie als materielle Basis für den Opportunismus erweitert. Ohne den Kampf gegen ihn sei der Kampf gegen den Imperialismus nicht

denkbar. Dieser bleibe „der Vorabend der proletarischen Revolution!“

Harpal Brar nach der Konferenz über seine Eindrücke befragt: „In den Gesichtern der Anwesenden habe ich Ernst und Genugtuung ablesen können. Dies ist für mich die erste Konferenz in Deutschland, an der Genossen aus Ost und West teilnahmen, um gemeinsam nach Antworten auf schwierige Fragen zu suchen. Jetzt sehen alle, was uns die DDR bedeutet hat. Eine wunderbare Konferenz!“

Als weiterer Höhepunkt wird mir die Rede von **Anneke Ioannatou** aus Griechenland im Gedächtnis bleiben, schon, weil sie die einzige Frau war, die mit einem Referat hervortrat. Sie sprach als offizielle Vertreterin jener marxistisch-leninistischen Partei, die nicht nur alle Angriffe der Revisionisten erfolgreich abwehren konnte, sondern die auch besonders viel für den Zusammenschluß der internationalen kommunistischen Bewegung leistet. Die KKE habe sich die Fähigkeit bewahrt, „Menschen zusammenzuschließen und zu mobilisieren, was im Fall der Aggression gegen Jugoslawien und des Clinton-Besuchs in Athen im vergangenen Jahr erneut bewiesen wurde.“ Dies sei sogar in einem Bericht des USA-Kongresses festgestellt worden. Das Mitglied der Ideologischen Kommission der KKE schilderte die Bemühungen der griechischen Kommunisten um die Schaffung einer breiten antiimperialistischen Front. Zwischen den daran Beteiligten gebe es unterschiedliche Macht- und Sozialismusauffassungen. Aber ihr Kampf sei unvermeidlich mit dem Widerstand gegen den Kapitalismus verbunden. Der Aufbau einer internationalen antiimperialistischen Bewegung müsse sich auf entsprechende nationale Volksbewegungen stützen. Dafür trage jede Partei im eigenen Land die Verantwortung. „Wir leben in einer Zeit, in der das alte System die Fragen der Gegenwart nicht mehr beantworten kann, während das neue dazu noch nicht in der Lage ist; das führt zur Verschärfung der sozialpolitischen Konfrontation.“ Im Moment gebe es nirgendwo in Europa eine revolutionäre Situation und die internationale kommunistische Bewegung sei organisatorisch und ideologisch zersplittert. Klug wußte die Rednerin prinzipielle theoretische Erkenntnisse mit den aktuellen Erscheinungen des Klassenkampfes zu verknüpfen. „Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis.“ Mehrere Referate und ein großer Teil der Diskussion beschäftigten sich mit dem, was **Rolf Vellay** in seinen einleitenden Bemerkungen als „Tunnelstrategie“ des Imperialismus bezeichnet hatte: Dem Lahmlegen antiimperialistischer Kräfte durch

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von Seite 3

Export der Konterrevolution, durch Installation willfähriger pseudolinker Parteien und Politiker, durch ungehemmten Einsatz der Medien gegen die Volkskräfte und durch Eroberung einer Machtposition nach der anderen. Erst vor wenigen Tagen mußten wir miterleben, wie das serbische Volk Opfer dieser Strategie geworden ist. Der nächste Schlag könne sich gegen Belorußland richten. Es sei zu befürchten, daß die Talsohle noch bevorstehe, wie besorgniserregende Vorgänge in verschiedenen Teilen der Welt signalisierten. Zu den Referaten dieses Blocks gehörten die Ausführungen von **Michael Opperskalski** (Zur Strategie des USA-Imperialismus und der „neuen Weltordnung“), **Christian Christians** (Vom historischen Skandal um die „Protokolle der Weisen von Zion“ bis zur imperialistischen Erfindung eines angeblichen Hufeisenplans Jugoslawiens), **Klaus Steiniger** (Zur Strategie und Taktik der Konterrevolution in Portugal) und **Gerhard Niebling** (Über die Bekämpfung des Gegners durch das MfS der DDR). In der Diskussion zu diesem Themenkreis wurden zahlreiche nachdenkenswert Überlegungen angestellt. Im Vordergrund stand die unheilvolle Rolle der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Rednern auch auf die PDS eingegangen. Sie sei leider auf dem verhängnisvollen Weg, die gleiche Richtung wie die SPD einzuschlagen. Wir müßten uns von dem Klichschee trennen, die Basis der PDS oder der SPD stünden insgesamt links und nur die Führungen verträten opportunistische Positionen; die Dinge lägen viel differenzierter und der Bruch gehe quer durch alle Ebenen. Die Spitzen der SPD seien überwiegend mit Parteigängern und Nutznießern des kapitalistischen Systems besetzt. Von ihnen könne man bestenfalls leichte Ausbesserungen am demokratischen Mäntelchen der Herrschaft des Großkapitals erwarten. In Anbetracht dessen sei es nicht einfach, eine richtige Beurteilung von Aktionen, z. B. auch gegen die „Rechtsextremisten“ (sprich: Faschisten) vorzunehmen. Solange der Antikommunismus ungeschmäht aufrechterhalten werde, sei an echten Antifaschismus nicht zu denken. Der Gegner komme oft als Trojanisches Pferd, meine ein griechischer Genosse beziehungsreich. Darüberhinaus empfahl er dringend, bei der Einschätzung der Sozialdemokratie auch den unheilvollen und zerstörerischen Einfluß des Eurokommunismus und seiner Verfechter im Auge zu behalten.

Mit tiefer Bewegung nahmen die Anwesenden die Berichte der afrikanischen Konferenzteilnehmer auf, die uns bis dahin wenig bekannte Einzelheiten vermittelten. So sprach **Khwesi Kadalie** aus Südafrika darüber, wie es in der Schlußphase des opferreichen Kampfes gegen das Apartheid-

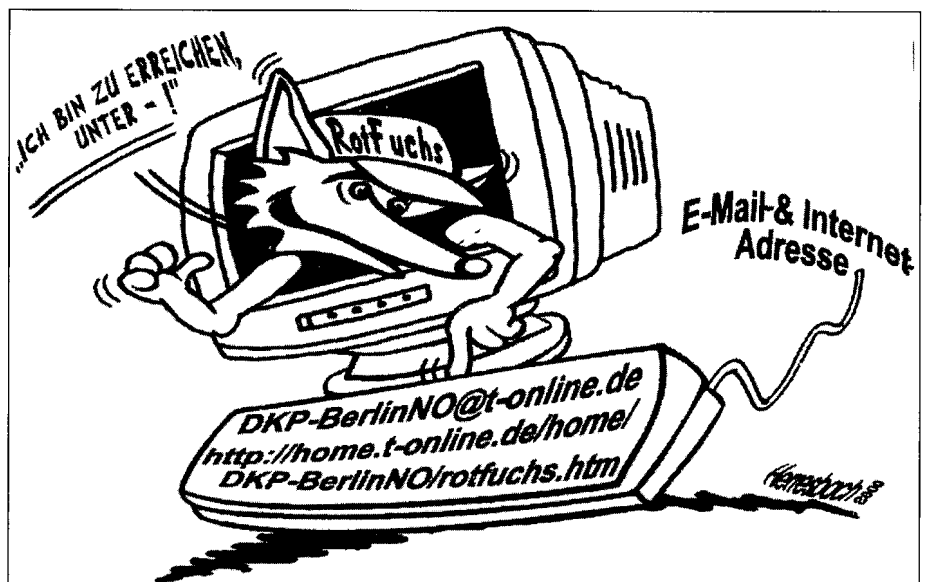
regime nur noch darum gehen konnte, einen blutigen Bürgerkrieg abzuwenden. Damit seien aber auch die sozialen Widersprüche ungelöst geblieben, die heute immer mehr Protestaktionen hervorrufen, darunter zahlreiche „illegale“ Streiks. Mit Bitterkeit erzählte der südafrikanische Kommunist von einem Ausstand im Volkswagenwerk, bei dem die Arbeiter nicht nur vom ANC und ihren Gewerkschaftsführern, sondern auch von der seit einigen Jahren regierungsbeteiligten KP im Stich gelassen worden seien. Nicht zuletzt diese Erfahrung hätte ihn und andere dazu bewogen, in Johannesburg eine Marxistische Arbeiterschule einzurichten, deren Leiter er sei. Aus der Demokratischen Republik Kongo wollte eigentlich Abo Wassis Leonie Hortense, Witwe des legendären und grausam ermordeten Volkshelden Pierre Mulele, an der Konferenz teilnehmen; sie konnte jedoch nicht rechtzeitig anreisen, da es Visaprobleme gab. An ihrer Stelle sprach **Denis Malasi Nganou**. Eindrucksvoll berichtete er von der Fortsetzung des Kampfes, den Patrice Lumumba in seiner nur sechsmonatigen Regierungszeit begonnen hatte. Der kongolesische Genosse erinnerte daran, daß sein Land seit der Vertreibung der USA-Marionette Mobutu einer brutalen, vom Imperialismus lancierten und gestützten Aggression ausgesetzt ist. Der linksgerichtete Präsident Kabila stelle dem einen Kurs entgegen, der auf die Verteidigung der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität Kongos gerichtet sei.

Auch andere wichtige Beiträge wurden von ausländischen Teilnehmern der Konferenz gehalten. **René Lefort** von der Coordination des Communistes in der FKP sprach über den Kampf französischer Marxisten-Leninisten gegen den Revisionismus der Hue-Führung. **Robert Medernach** (KP Luxemburgs), **Paolo Pioppi** von der italienischen Pasti-Stiftung und **Herbert Kandel** von der „Neuen Volksstimme“ Wien sowie **Teddy-John Frank** von der KPML(R) aus Schweden steuerten Wesentliches zur Debatte bei. Mit Spannung

verfolgten die Anwesenden die Rede **Jo Cotteniers**, PTB Brüssel, der den Weg der Partei der Arbeit Belgiens zu marxistisch-leninistischen Positionen und vor allem den beispielgebenden Klassenkampf der Stahlarbeiter von Clabecq um Arbeitsplätze und Gewerkschaftsrechte, gegen Polizeiterror und Justizwillkür analysierte. Die DDR-Thematik bildete angesichts des ausgesprochen internationalen Charakters der Konferenz diesmal keinen eigenen Tagesordnungspunkt, doch schimmerte sie allenthalben durch. Unter starkem Beifall dankten besonders die Genossen aus Griechenland und Kongo für die damals erwiesene Solidarität. Denis Malasi Nganou schloß seinen Vortrag mit der Bemerkung: „Wenn in Deutschland ein neuer sozialistischer Anlauf stattfindet, würde er diesmal die ganze BRD betreffen.“ Die frühere Verbundenheit der DDR mit ihren sozialistischen Nachbarstaaten kam bei den Vorträgen von **Karel Pomaizl** (K. Intera) - des Sprechers einer Gruppe tschechischer Teilnehmer aus der KSCM - und **Zbigniew Wiktor**, Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“, zum Ausdruck: So, wie uns früher die Gemeinsamkeiten des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung verbunden hätten, so bildeten wir jetzt gemeinsam den Hinterhof der europäischen Großmächte. Nichts liege näher, als die Aktionen gegen diesen halbkolonialen Status abzustimmen.

Zum Schluß möchte ich allen an der Organisation dieser eindrucksvollen Konferenz beteiligten Genossen aus Hannover und Berlin meine Bewunderung und meinen Respekt für ihr unermüdliches und selbstloses Engagement aussprechen. Als Berichterstatterin würde ich mir wünschen: Die im Nachhall der Berliner Beratung zweifellos zu erwartende engere Zusammenarbeit von Kommunisten möge auch im Vorstand meiner Partei auf Verständnis und Unterstützung treffen.

Annemarie Mühlefeldt



„Eine Liebe in Deutschland“ auf dem Index?

Hut ab vor Hochhuth

„Der Stellvertreter“, „Die Soldaten“, „Lysistrata und die NATO“, „Tod eines Jägers“ - mit solchen Stücken hat sich Rolf Hochhuth als Schriftsteller christlich-humanistischer, antifaschistischer, antiimperialistischer Haltung erwiesen. Trotz seines engagierten Essays „Der Klassenkampf ist nicht zu Ende“ ist er kein Kommunist. Aber ein klarer, zuverlässiger Verbündeter, den Hanns-Anselm Perten nicht von ungefähr immer wieder mit Erstaufführungen am Rostocker Volkstheater geehrt hat. Daher kennen und achten wir uns.

Er hat ein Buch geschrieben, das leider nicht zur Bühnenreife gelangte, zumal ein solches Stück gerade heute überaus aktuell wäre: „Eine Liebe in Deutschland“. Es handelt von einer Deutschen und einem polnischen Zwangsarbeiter. Dieser wurde wegen der verbotenen Beziehung hingerichtet. In Baden-Württemberg hatte eine Auswahlkommission dieses antifaschistische Werk für das schriftliche Abitur als Pflichtlektüre auserkoren. So weit, so gut. Inzwischen aber hat die zuständige Kulturministerin Annette Shavan das obligatorische Hochhuth-Buch aus der Liste gestrichen. Frau Shavan ist nicht Mitglied der NPD, sondern der CDU. Ein Verbot der NPD würde die streichwütige Dame nicht berühren.

Dieses kleine, abersymptomatische Beispiel zeigt die Fragwürdigkeit eines NPD-Verbots als Allheilmittel gegen den nazistischen Ungeist. Abgesehen davon, daß ein solches Verbot nicht die unzähligen faschistischen und faschistoiden Organisationen, Parteien und Vereinigungen, die extrem rechtslastigen studentischen Verbindungen und Burschenschaften (das Nachwuchsreservoir für Justiz, Staatsapparat, Polizei, Bundeswehr), nicht die trüben Gruppen und Grüppchen treffen würde, die einander ergänzen und sich helfen, wenn es um die Anmeldung einer schwarz-weiß-roten oder bräunlichen Zusammenrottung geht. Im Gegenteil: Ein Verbotsprozeß nur gegen die NDP würde diesen Extremisten und allen anderen Rechten langfristig breite Propagandamöglichkeiten eröffnen und jede Menge Publizität in den Medien verschaffen.

Rechtsradikalismus, Rassismus, Faschismus - sind keine Geisteshaltung, sondern ein Verbrechen. Es geht darum, die Quellen, Ursachen und Urheber, die gesellschaftlichen Bedingungen, die solches „Gedankengut“ hervorbringen, zu bekämpfen und unschädlich zu machen. Die Gesetze sind da, polizeiliche Maßnahmen, Verbote, Vollmachten für jegliches Eingreifen - alles ist vorhanden. Aber die Polizei geht nicht gegen faschistische Demos vor, sondern schützt sie. Dafür werden Antifaschisten, die Widerstand leisten, eingekesselt, zusammengeprügelt und verhaftet. Die Justiz hebt Verbote durch Bürgermeister und andere

Bevollmächtigte auf und läßt verhaftete Nazis ungeschoren. Diese offizielle Haltung, die von den Medien unterstützt wird, ermuntert logischerweise rechtsradikale Umtriebe. Wo bleibt die Wahrheit über die Tendenz: Es gibt eine Einheitsfront von Nadelstreifen, feinen Krawatten, Uniformen und Springerstiefeln (man darf getrost sagen: Axel-Cäsar-Springer-Stiefeln). Da ist der Schrei nach dem Verbot der NPD genauso verlogen wie der Appell zum „Aufstand der Anständigen“ oder die Aufforderung, „das Gesicht zu zeigen“. Sind es „Anständige“, die „Kinder statt Inder“ posaunen (Rüttgers, CDU), die vor einer „Verrassung“ warnen (Stoiber, CSU), die von einer „deutschen Leitkultur“ faseln (Merz, CDU)? Der nächste Schritt hieße „Deutschland, Deutschland über alles!“ Es soll alles verfestigt werden, was seit 1945/1949 in der BRD gesät, gehegt und gepflegt wird.

Etwas anderes ist geboten: Die Wahrheit über Hintergründe und Hintermänner des Rechtsrucks in Bonn, München, Berlin - und nun auch (wen wundert's nach 10 Jahren „Einheit Deutschlands“, nach der Heimführung der DDR ins Reich?) dort, wo der Antifaschismus nicht „verordnet“, sondern Aktivposten bei der Gestaltung des gesellschaftlichen und privaten Lebens, zwingendes Gebot für Denk- und Verhaltensweisen war. Was sich heute als „Anti-Rechtsradikalismus“, als Vorkämpfer eines Verbots der NPD ausgibt, ist in Wahrheit Bestandteil des Antikommunismus, der praktiziert wird, seit es die einzige, die sozialistische Alternative zum amoralischen, verbrecherischen Kapitalismus gibt.

Hier wird schamlos und offen die Totalitarismus-Doktrin verbreitet. Es wird versucht, Menschen durch schiefe, unzulässige Vergleiche irrezuführen. Der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, nannte die Kommunisten, „rotlackierte Nazis“. Der CSU-Historiker Bossle verkündete 1975 auf einem Parteitag in München, die Sowjetunion sei, wenn man einige Erscheinungsformen vergleiche, „eine Muttergesellschaft des Faschismus“. Am 5. Juni 1967 wurden auf einer Kultusminister-Konferenz der BRD, „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“ erlassen, nach denen „die Leiter aller Schularten verpflichtet“ wurden, „die Schüler mit den Merkmalen des kommunistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus“ vertraut zu machen. Da stört natürlich 33 Jahre später Hochhuths „Liebe in Deutschland“, und sie muß schleunigst wieder aus dem Pflichtlektüre-katalog der Oberschulen verschwinden ...

Totalitär war und ist nur der Faschismus. Antonio Gramsci nannte ihn 1926 auf dem Parteitag der Italienischen Kommunistischen Partei (wegen Mussolinis Terror mußte er

im französischen Lyon stattfinden) ein „totalitäres Regime“. Thomas Mann sprach 1938 von einer „Mißidee, genannt Staatstotalität“. Heinrich Mann charakterisierte 1939 den von Hitlers Faschisten strapazierten Begriff des „Antibolschewismus“ als „totalitäre Flunke-reien“. Und der bürgerliche Philosoph Max Horkheimer wies 1939 darauf hin, „daß derjenige vom Faschismus schweigen sollte, der nicht gewillt ist, vom Kapitalismus zu reden“.

Die Totalitarismus-Doktrin war immer eines der Haupthindernisse für ein gemeinsames Handeln von Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen Faschismusegegnern - ideologisch und politisch. Im Augenblick läßt man den Kommunismus aus taktischen Gründen vorübergehend etwas in den Hintergrund treten. Man spielt sich als Vorkämpfer gegen Rechtsaußen auf. Neonazismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit stehen momentan im Vordergrund. Man instrumentalisiert sogar den Holocaust und die KZ. Und auf solchen - mangels wirklicher Geschichtsaufarbeitung - dumpfen Gefühlen will man Zustimmung zur weiteren Stärkung des „Rechtsstaates“ erschleichen. Das wäre wegen der NPD allein nicht nötig. Gezielt wird weiter auf die Linke. Sie bleibt die große Furcht des Kapitalismus. Um sie in Schach zu halten, sind sie angetreten: Die Professoren und Pastoren, Journalisten und Politiker und der ganze Machtapparat: Medien, Justiz, Polizei und was noch so zu den Instrumenten der Diktatur des Kapitals gehört. Sie haben genug Wirrwarr angerichtet. Es geht um Klarheit in den Köpfen.

Karl-Eduard von Schnitzler



Grafik: Herresbach

Wie die Polizei die Nazi-Zentrale in Köpenick schützte

Prügel für Antifaschisten

Als 67-jähriger Antifaschist, Sozialist und Schriftsteller hatte ich auf eine friedliche Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale gehofft, die von den Neonazis aus Stuttgart nach Berlin verlegt worden ist. Nach Köpenick, in die Seelenbinder Str. 42 (Seelenbinder, ein Kommunist, ist auf dem Nazischafott gestorben). Aber die Hoffnung erfüllte sich nicht. Auch mein Sohn, 16 Jahre, der mich begleitete (oder ich ihn), war so friedlich gestimmt, weil er annahm, daß man in der Hauptstadt der BRD ungehindert von seinem Demonstrationsrecht gegen den Neonazismus in Deutschland Gebrauch machen könnte. Wir hatten beide weit gefehlt. Das Grundgesetz ist in Berlin offenbar außer Kraft. Und die Neonazis haben in der BRD-Staatsgewalt einen zuverlässigen Beschützer. Auch wenn die Massenmedien, wie Mode geworden, das Gegenteil behaupten. Leider oder erklärlicherweise kommen die Verfolger fast immer zu spät oder gar nicht. Keiner verfolgt die Neonazis ernsthaft in Deutschland, sie dürfen sich ungehindert ausbreiten und werden von der scheinbar demokratischen Staatsmacht beschirmt.

Die sich da am Sonnabend, dem 7. Oktober (kein Zufall!), am S-Bahnhof Spindlersfeld zur Demonstration versammelten, auch lustige, musizierende und tanzende Türken darunter, waren die Inkarnation der Friedfertigkeit. Dafür hat man einen Blick und politische Erfahrung.

Nach mehreren Reden von Vertretern des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rechts“, zu dem 200 Organisationen und Persönlichkeiten gehören, setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Die Grünen als Partei waren dort nicht vertreten, und auch Herr Westerwelle, der FDP-Generalsekretär, der kommen wollte, wie es hieß, ward nicht gesehen. Welche von der SPD, so weit vorhanden, gaben sich nicht zu erkennen, aber Genossen von DKP und PDS um so sichtbarer. Außerdem waren Antifaschisten, schwedische und österreichische Antifaschisten extra nach Berlin gereist, wahrscheinlich ohne zu ahnen, daß sie hier eine Lektion erteilt bekommen würden, wie es mit der lauthals gepriesenen Demokratie in Deutschland und Berlin in Wirklichkeit bestellt ist.

Die Demonstration, vielleicht zehntausend Menschen, gelangte ohne Zwischenfälle bis zum Abschiebegefängnis Grünau, um dort gegen die diskriminierende Ausländerpolitik der BRD und die Ausweisungspraktiken der deutschen Vollzugsorgane zu protestieren. Vor der Haftanstalt wurden Grußbotschaften an die Insassen in verschiedenen Sprachen vorgelesen. Aber was geschah dann?

Plötzlich rückte vom Ende des Zuges eine Einheit der Berliner Polizei nach vorn, zur Spitze des Zuges vor, zu einer anderen Polizeiwelle. Einer der Demonstranten, sah wir, stand unbeabsichtigt im Wege und wurde so brutal weggerempelt, daß er der Länge nach

hinschlug. Es kam zu Auseinandersetzungen mit Demonstranten. Einzelne, offenbar Provokateure, sollten Steine geworfen haben und Flaschen. In der Presse war Tage danach noch zu vernehmen, die Demonstranten hätten randaliert, welche sogar versucht, in die Haftanstalt einzudringen. Das sind unhaltbare Behauptungen. Wer konnte schon diese haushohe Mauer überwinden, neben einem Wachturm, und durch ein Tor einbrechen? Nein, nein, Genossen, das gehörte zum System der Provokationen!



Fritz Teppich contra Polizeiterrror

Foto: A. Neumann

Die Polizei setzte alsbald Wasserwerfer und Räumpanzer ein. Dutzende weibliche und männliche Teilnehmer wurden verletzt. Auch den Anmelde der Demonstration trafen Hiebe mehrfach ins Gesicht. Mein Sohn konnte so viel Brutalität nicht fassen, dazu hatte es doch keinen Anlaß gegeben. Und er machte so etwas auch zum ersten Mal durch. Er sagte nur: „Komm, Vater, wir lassen uns doch von denen nicht windelweich prügeln ...“ und zog mich auf einen der Höfe nach links. Ich dachte in dem Augenblick daran, wie diese Polizisten uns beide, erst den Sohn, dann den Vater, als wir aus der Straßenbahn gestiegen waren, zweimal gefilzt hatten, mit Öffnen der Kleidung und Abtasten wie Kriminelle. Als ob wir als Demonstranten und disziplinierte Antifaschisten, die friedlich protestieren wollten, so dumm wären und etwa Waffen mitschleppten, Steine in den Taschen oder Flaschen in den Jacken. Da fühlten wir schon, daß die Sache heute nicht ohne Gewalt abgehen würde. Die Bereitschaftspolizisten waren elende Zyniker und nicht selten riesige Kerle, und einer sagte: „Na, dann Tschüss und viel Spaß heute!“ Wußte der von der Strategie und Taktik, die gegen uns angewandt werden sollte?

Was es bedeuten konnte oder sollte - eine Stunde später waren wir im Bilde. Einem Kameramann wurde die Ausrüstung zerschlagen. Die Beamten wüteten wie der Welfenprinz August der Starke. Ein Journalist wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Bei den Schlägern handelte es sich um Angehörige der 23. Einheit der Berliner Bereitschaftspolizei. Vielleicht sind unter ihnen selbst etliche Neonazis. Eine Untersuchung, die sie natürlich nicht zu-

lassen, würde sicher Interessantes zutage fördern. Wer so rabiat mit seinen Knüppeln und Fäusten auf unbewaffnete Menschen einschlägt, physische und seelische k.o.-Schläge gegen Antifaschisten austeilt, dem muß zuvor heiliger Zorn eingepfropft worden, der muß durch eine drastische Ausbildung gegangen sein, einen Drill, von tiefster Menschenverachtung und einem unbändigen Haß auf Linke getragen. Wer sind die Ausbilder und verantwortlichen Offiziere dieser Einheit, wer ist der zuständige Minister? Etwa Biedermann Schily, der ununterbrochen vom NPD-Verbot faselt?

In Köpenick zeigte sich der Geist, der in dieser Staatsgewalt herrscht. Leute dieses Schlages werden nie radikal gegen Neonazis vorgehen wie der eine Konsequente, noch junge Richter, der in der Fernsehsendung „Kontraste“ vorgestellt wurde, und der den Neonazis Paroli bietet, daß ihnen der Schlägerschneid vergeht. Er ist eine Ausnahme und selbst gefährdet. Auf dem Hintergrund zeigen sie die Jungnazis mit verstellter Stimme und Visage, er aber geht in seinem Büro voll auf den Bildschirm, fast eine Aufforderung, Feme an ihm zu üben. Nein, nein, die Neonazis werden geduldet

und geschützt, als Kampfesreserve der CDU/CSU für alle Fälle. Und an dem bitteren Eindruck von diesem Tage änderten auch die Politiker nichts, die tief erschüttert, wie sie mimten, in den demolierten Synagogen standen, während das geschah, was wir erlebten. Kurz vor der Abschlußkundgebung am Mandrellaplatz, zu dem uns die Polizisten durch halb Köpenick trieben, stürmten sie erneut in den Demonstrationszug und griffen wahllos einzelne Menschen heraus. Dabei wurde auch ein etwa 60 Jahre alter Teilnehmer mißhandelt. An den Fenstern der Bundeszentrale der NPD aber grinsten die Nazis teuflisch auf die Antifaschisten herab. Denn ihrem Schutz galt das ganze Polizeiaufgebot.

„O, Junge“, sagte ich zu meinem Sohn, daß es die Polizisten hören sollten: „Das war heute eine Lehre für uns ... Nun wissen wir, wer in diesem Staat die Macht hat. Jedenfalls nicht wir Antifaschisten. Deshalb ist unser Großvater, als er 1947 wieder zu Hause war, zur Polizei gegangen, als VVN-Mann, Schlosser, Kommunist und Antifaschist, in der sowjetischen Besatzungszone, aus der später die DDR wurde, nach der Gründung des Westzonenstaates. Das ist unsere Tradition. Deshalb hassten die uns ewig. Wir sind ihrer Knüppel immer gewiß. Das Ganze hat etwas mit Klassenkampf zu tun ...“

Klaus E. Schneider

(Der dem „RotFuchs“ verbundene Autor ist freier Schriftsteller. Der vorliegende, leicht gekürzte Text wurde einer größeren Arbeit über die Situation im Deutschland der Gegenwart entnommen.)

Gerhard Bengsch am Keitel-Gedächtnisstein

Die Treue ist das Mark der Ehre

Bald kommt der Buß- und Betttag näher, und es wird still sein in den blühenden Landschaften zwischen Werra und Oder. Alle Sünder und Sünderinnen werden bußfertig beten, weil sie sich vierzig Jahre lang nicht die Mühe gemacht haben, Verhältnisse herzustellen, wie sie zwischen Rhein und Elbe schon seit 1949 bestehen. Nur die ewigen Betonköpfe werden die allgemeine Andacht stören.

Diese linken Vögel wollen immer noch nicht den außerordentlichen Zugewinn an Lebensqualität wahrhaben, den ihnen der Anschluß ans Altreich beschert hat. Nehmen wir nur die Pressefreiheit! Wie erbärmlich verlief doch das Leben des von Staat, Partei, Gewerkschaft und Gattin geduckten DDR-Mannes, als er noch keine Möglichkeit hatte, eine der heutzutage in jedem freiheitlich-demokratischen Blatt veröffentlichten Notrufnummern von langbeinigen Powervollweibern, süßen Strapsmodellen und reifen Latexladies anzuwählen, wenn er seinem öden Dasein in Unfreiheit wenigstens mal für zwanzig Minuten entfliehen wollte. Oder ein anderes positives Beispiel: Wie erfreulich ist es doch, daß wir seit 1990 wieder Kontakte pflegen dürfen, die jahrzehntelang unterbrochen waren.

Dieses grenzenlose Glück wurde auch Annabella und mir zuteil, als sich ein Nachbar aus fernen Tagen meldete, den wir seit 1960 nicht mehr gesehen hatten. Gegen Lothar N. war damals wegen Diebstahls volkseigenen Kupferdrahts ermittelt worden. Er hatte aber rechtzeitig das Weite gesucht und war als politischer Flüchtling jenseits der Elbe Finanzbeamter geworden. Nach langer Suche sei es ihm endlich gelungen, unsere Adresse aufzutreiben, schrieb er. Er würde sich riesig freuen über unseren baldigen Besuch im schönen Bad Gandersheim, wo er sich mit auskömmlicher Pension zur Ruhe gesetzt habe. Ich war neugierig auf Lothar. Annabella verweist sowieso gern. Also machten wir uns auf den Weg.

Schon die ersten Stunden unseres Wiedersehens verliefen nicht besonders harmonisch. Wir erfuhren von Lothar, der in Scheidung lebt, daß das einzig halbwegs Erträgliche in der DDR ihr kostengünstiges Scheidungsrecht gewesen sei. „Der Rest war Bautzen. Na, ihr wißt ja!“

Gegen Zwölf lud er uns zum Essen ein. Der „Römische Kaiser“ war geschlossen, die „Gerichtsschänke“ auch. Erst in „Ginos Pizzeria“ fand unser Gastgeber Gelegenheit, uns mit Nudeln, Tomatensoße und Blattsalat zu sättigen. Das Tischgespräch wurde hauptsächlich von ihm bestritten. Er unterrichtete uns ausführlich über seine Weltreisen in den letzten zwanzig Jahren sowie über die Vermögensverhältnisse und Titel der honorierten Mitglieder seines Golfklubs.

Anschließend unternahmen wir einen

Verdauungsspaziergang durch die auffallend stille Stadt, deren Kurkliniken und Hotels unbelebt vor sich hin dümmerten. Lothar wußte, warum: „Die Rot-Grünen können auch nur mit Wasser kochen. Diese Körnerfresser sind noch unfähiger als die Schwarzen.“ Dabei erreichten wir unweit des doppeltürmigen Doms einen zu Ehren der ersten deutschen Dichterin, Roswitha von Gandersheim, errichteten Brunnen, in dessen Mitte die reimende Kanonisse, gehorsam auf den Knien, dem von ihr hochverehrten Kaiser Otto I. ihr Werk überreicht. Der in Bronze gegossene Vorgang soll vor mehr als 1000 Jahren tatsächlich so oder so ähnlich stattgefunden haben. Kunst und Kniefall waren offenbar schon damals nicht nur durch den gleichen Konsonanten verbunden.

Aber weiter mit Lothar. Als wir im Kurpark einer türkischen Familie begegneten, kam er abermals auf seine politische Farblehre zurück, und es erwies sich, daß seine Neigungen zu einem Braun tendieren. Aber nicht etwa zu jenem Braun mit dem Hakenkreuz-igittigitt, nein! Lothar meinte einen vom Antisemitismus gereinigten „vernünftigen Nationalsozialismus“. „Wie bitte?“, „Ich weiß, das hört sich ungewöhnlich an“, gab er zu. „Aber alles war ja auch nicht schlecht. Jedenfalls haben die Türken damals noch in der Türkei gewohnt, wie sich das gehört. Wenn ihr versteht, was ich meine.“

Wir versicherten ihm, daß wir vollkommen verstanden hätten, was er meinte. Der weitere Wortwechsel dauerte fünf Minuten, und damit war das Wiedersehen beendet.

Wir übernachteten in einem Gasthof am Rande der Stadt und hätten Gandersheim schon am nächsten Morgen verlassen, wenn sich der Wirt nach dem Abendbrot nicht zu uns gesetzt hätte. Wie es dazu kam, ist unerheblich. Jedenfalls fragte er plötzlich: „Kennen Sie denn schon Keitels Kapelle?“ „Welche Kapelle? Was für ein Keitel? Ein ortsansässiger Musiker?“ „Aber nein!“ Es handelte sich um Herrn Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, des Führers getreuen Chef vom Oberkommando der Wehrmacht, auf historischen Fotografien abgelichtet, wie er in Berlin-Karlshorst mit Monokel und Marschallsstab vor dem ob dieses Aufzugs verstoßen grinsenden Genossen Shukow erscheint, um die Kapitulation zu unterzeichnen. „Befehl ist für einen Soldaten Befehl!“ hatte er in Nürnberg zur Rechtfertigung seiner Kriegsverbrechen immer wieder behauptet. Es hatte ihn nicht vorm Galgen bewahrt und nicht vor dem Gerichtsbeschuß, ihn und die übrigen zum Tode Verurteilten anschließend ins Krematorium zu schaffen und ihre Asche dem Wind zu überlassen. Gemeint war also nicht, so wurden wir aufgeklärt, die Bolschewistische Kurkapelle, sondern die im ländlichen Ortsteil

Helmscherode gelegene Familienkapelle der Gutsherrendynastie Keitel. 1953 verkauften Wilhelm Keitels Erben das Gut, aber nicht das Kapellchen. Dem Pfarrer erlaubten sie, dort sonntags den Gottesdienst abzuhalten; eine Küsterin entlohnnten sie für die Betreuung des Gebäudes. Diese Vereinbarung gilt heute noch.

Am nächsten Vormittag besichtigten wir die fromme Stätte. Seitlich der Vorderfront entdeckten wir einen Gedächtnisstein mit der bemerkenswerten Inschrift: Jeder muß tun, was allen nützt. Adolf Hitler. Den im Weltkrieg 1914/18 gefallenen Kameraden meiner Heimat zum Gedächtnis. Sie starben im Glauben an Deutschland. - 2. 8. 1914/2. 8. 1939. Wilhelm Keitel, Generaloberst.

Auf der Rückseite der Kapelle war die letzte, allerdings nur symbolische Ruhestätte des seit 1939 von seinem Kriegsherrn mehrfach beförderten Generalobersten zu besichtigen. In Marmor gemeißelt die markigen Worte: „Wilhelm Keitel, Generalfeldmarschall, 22. 9. 1882-16. 10. 1946. Die Treue ist das Mark der Ehre.“

„Das reicht“, sagte Annabella. Aber es reichte noch nicht. In einer Schale zu Füßen des Marmorsteins ist auf einer Bronzeplatte ein seltenes Beispiel begnadeter NS-Dichtkunst zu genießen. Wer's nicht glaubt, fahre nach Helmscherode und lese selbst:

Der Feind hat gerichtet mit rächender Hand
und streute die Asche weithin ins Land.
Dabei tat er grausam den harten Spruch:
Kein Ruhstatt zu haben, das sei Euer Fluch!
Nirgendwo finde man Kranz oder Stein
als Stätte für Euer totes Gebein.
Wenn niemand Euer Grabmal kennt,
bald keiner mehr Euren Namen nennt,
gelöscht, getilgt aus des Volkes Sinn.
Ruchlose Asche, fahr hin, fahr hin!

Und der Wind fuhr auf und trug sie fort
und streute sie bald hier, bald dort.
Die rauschenden Wälder, die sanften Höhen
die silbernen Bäche, die Fluren so schön,
die lieblichen Auen, der steile Grat,
sie alle empfangen die seltsame Saat.
Und es raunt und flüstert landauf, landab:
Wo ist der letzten Helden Grab?
Ist es nirgends? Nein, es ist überall!
- Ganz Deutschland wurde ihr Ehrenmal!

Arme Roswitha von Gandersheim - das tausend Jahre nach dir.

Wir suchten geschwind das Weite. Nach einer knappen Stunde passierten wir hinter Helmstedt die Trümmerreste jenes Kontrollpunktes einer Grenze, die vor neun Jahren nicht nur eine Grenze zu obiger Dichtkunst gewesen ist. „Bald sind wir wieder zu Hause“, sagte Annabella. Trifft

Fortsetzung auf Seite 8

Aus dem Leben unserer Gruppe

Neofaschismus - ein originales Westgewächs

Für ihre Versammlung am 24. Oktober hatte sich die Gruppe Nordost ein umfangreiches Programm vorgenommen. Mit herzlichem Applaus wurden zunächst drei Genossen als neue Mitglieder aufgenommen. **Iris**, freie Schriftstellerin, ehemaliges SEW-Mitglied: „Seit der Auflösung der SEW war ich ziemlich heimatlos. Ich hoffe, ich kann bei Euch noch viel politische Kraft und Stärke gewinnen.“ **Dietmar**, Baumaschinist und Betriebsratsvorsitzender, bis vor kurzem in der PDS: „Ich hatte die Nase voll von den Denk- und Handlungsverboden, die immer nur in eine bestimmte Richtung gingen. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, daß ich diese Reglementierung hier nicht erleben werde.“ **Richard**, Computerspezialist: „Während meines zweijährigen Aufenthalts in Cuba bin ich mit der Solidaritätsarbeit in Verbindung gekommen. Als Mitglied der DKP kann ich sie am besten weiterführen.“

Fortsetzung von Seite 7

das noch zu? Sind wir wieder zu Hause? In Berlin wird bald der Reichstag als Domizil des Bundestages eröffnet. Eine lustige Adresse übrigens: „An den Deutschen Bundestag im Deutschen Reichstag“. Daran wird sich der Briefträger erst gewöhnen müssen. „Heraus zur Wiedereröffnung, das Parlament spendiert Freibier, erscheint in Massen“ werden fröhliche Chaoten skandieren. Festredner werden über Deutschland einig Vaterland jubilierten, und vielleicht läßt die Bundeswehr ein paar Böllerschüsse zum Gedenken an GFM Keitel krachen.

100 seiner getreuen Generale und Admirale, die ihn glücklich überlebt haben, waren am Aufbau der Bundeswehrmacht führend beteiligt. 21 aktive, teilweise in Kriegsverbrechen verstrickte Nazis formten als Minister und Staatssekretäre bis 1965 das Gebilde, das sich Bundesrepublik Deutschland nennt. Dabei standen ihnen rund 1 400 nicht minder belastete hohe Justizbeamte, Staatsanwälte, Richter, Diplomaten, Polizeiführer und Verfassungsschützer kameradschaftlich zur Seite.

Dieses historische Fundament kommt im abgelegenen Helmscherode eigentlich viel zu wenig zur Geltung. Im Interesse weltweiter Wirkung würde die dortige Grabinschrift - ganz im Sinne von Lothar N. und seinem vom Antisemitismus gereinigten „vernünftigen Nationalsozialismus“ - auch an den Giebel des Berliner Reichstags passen: DIE TREUE IST DAS MARK DER EHRE

(Aus dem Spotless-Band Nr. 117 „Meine Reisen mit Annabella“.

Wir danken dem Drehbuchautor von „Krupp und Krause“ und Verfasser anderer Titel für die freundliche Genehmigung.)

Hauptthema des Abends war der Kampf gegen die rechte Gewalt in der BRD. In einem eindringlichen Vortrag beantwortete **Dr. Kurt Gossweiler** die Frage: „Der Kapitalismus wird antifaschistisch - wirklich?“ Zunächst stellte er klar, daß die BRD trotz allen Getöses gegen „Rechtsradikalismus“ beileibe nicht auf dem Weg zu einem Land des „verordneten Antifaschismus“ sei. Es werde verschwiegen, daß die Bundesrepublik seit ihrer Gründung Nazitraditionen weitergetragen habe. Anhand zahlreicher Beispiele bewies der Redner, daß die offiziell als Rechtsextremisten bezeichneten Kräfte „mit dem Hochhalten reaktionärer Überlieferungen“ einschließlich solcher aus dem 3. Reich durchaus auf der Linie der Staatspolitik“ liegen. Der Nazi-Terrorismus sei keine neue Erscheinung dieses Sommers. Christian Koberg habe auf der 2. PV-Tagung der DKP darauf hingewiesen, daß seit 1990 bereits über 130 Morde auf das Konto der Neofaschisten gegangen seien. Die plötzliche regierungsamtliche Aufmerksamkeit habe ihre Ursachen in der „Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland“. Das „Erschrecken über die Welle rechtsextremer Gewalttaten“ sei schlecht gespieltes Schmierentheater. Einen besonderen „Glanzpunkt“ stelle dabei die Behauptung dar, die Neonazis seien ja eigentlich das Züchtungsprodukt der „DDR-Diktatur“. Skandalös nannte Genosse Gossweiler die Tatsache, daß Leute aus der Führungsriege der PDS dem sekundierten. Glücklicherweise gebe es dort auch andere Stimmen; denn „das, was die Verleumder von Bildzeitung bis André Brie als DDR-Erbe ausgeben, ist ein originales Westgewächs.“ Wir müßten das Verbot nicht nur einer, sondern aller Naziorganisationen fordern. Unter erneuter Bezugnahme auf das Koberg-Referat regte der Redner an, daß Genossen, „die Kinder oder Enkel in der Schule haben“, z. B. anhand von DDR-Schulbüchern deutlich machen, wie antifaschistische Erziehung bei uns erfolgt sei. Abschließend ging Kurt Gossweiler auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen der offiziellen Politik des Antikommunismus und dem Faschismus ein. „Ihre Vergangenheit gibt den Kommunisten das Recht, sich in die antifaschistische Bewegung einzubringen, um mitzuhelfen, sie so stark werden zu lassen, daß der Faschismus in Deutschland keine zweite Chance erhält.“ Die bewegende Rede des bekannten Faschismusforschers von der DDR-Akademie der Wissenschaften wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion sprach als erster **Walter Florath**. Er bezog sich auf das UZ-Magazin 2/2000, das sich vorwiegend mit der Gefahr von rechts und Rassismus auseinandersetzt. Diesem wichtigen Material habe der UZ-

Versand bedauerlicherweise ein Faltblatt mit Werbung für eine großbürgerliche jüdische Wochenzeitung beigelegt. Walter begründete die Notwendigkeit, unseren konsequenten Kampf gegen den Antisemitismus mit der eindeutigen Zurückweisung der zionistischen und imperialistischen Politik der den Staat Israel Regierenden und Beherrschenden zu verbinden. Dem Beitrag folgte ein Wechselgespräch, an dem sich **Rolf Vellay** und **Klaus Steiniger** beteiligten. **Brigitte Müller** schlug vor, Walter möge seine Gedanken der UZ-Redaktion zur Verfügung stellen. **Hartwig Strohschein** bemerkte: „Die Jugendlichen, die heute Ausländer totschlagen, geben das Potential für künftige KZ-Aufseher ab.“ Die dumpfe Angst vor den Folgen der ständigen Euroabwertung sei auch eine Ursache für den Zulauf der Neonazis, verbunden mit Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und großzügigen Spenden aus gewissen Unternehmen, wofür interessante Fakten genannt wurden. **Iris Rudolph** plädierte für eine differenzierte Bewertung von Skins; unter ihnen gebe es auch Gruppen, die eher der linken Szene zuzurechnen seien. **Michael Czech** kritisierte, daß sich unsere Genossen nur unzureichend an den Demonstrationen vom 7. Oktober in Köpenick und vom 20. Oktober am Brandenburger Tor beteiligt hätten. Er verwies auf eine Diskussionsveranstaltung mit der durch die PDS nominierten Bürgermeisterin des neuen Großbezirks Friedrichshain/Kreuzberg, Bärbel Grygier, die gesagt habe, die Wurzeln der Neonazis lägen in der DDR. **Günther Szalkiewicz** verwies darauf, der Cottbusser PDS-Parteitag habe ein Papier beschlossen, wonach es in der DDR einen „ausgrenzenden Antifaschismus“ gegeben hätte. Unsere Aufgabe sei es, im Rahmen der Linken „alle Elemente des Antikommunismus zu bekämpfen.“ In den Berliner Stadtbezirken gebe es inzwischen „Bündnisse gegen Rechts“, in denen auch wir als Gruppe Nordost tätig werden müßten.

Fazit des Berichterstatters zu diesem Hauptpunkt des Abends: Es wäre zu wünschen, das eindringliche und gut dokumentierte Referat Kurt Gossweilers einem großen Leserkreis zugänglich zu machen.

Anschließend diskutierte die Gruppe über die weitere Behandlung des unter den Anwesenden verteilten Entwurfs eines Diskussionsangebotes mit DKP-Forderungen für Ostdeutschland, das auf den Seiten 1 und 2 dieser Ausgabe des „RotFuchs“ vorgestellt und kommentiert wird. Eine aufgrund zahlreicher Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge der Versammlungsteilnehmer später überarbeitete Fassung ist dem Parteivorstand der DKP vor der Veröffentlichung zugeleitet worden.

Frank Mühlefeldt

Zu den Ergebnissen der PDS-„Selbstfindung“ (I)

Die Cottbusser Weichenstellung

An ihren 7. Parteitag in Cottbus hatte die PDS-Spitze hohe Erwartungen geknüpft. Er sollte, so Ehrenvorsitzender Modrow, zur „Weichenstellung“ werden. Biskys Amtsnachfolgerin Zimmer sah ihn als Zäsur, um „mit bestimmten Traditionen zu brechen“. Und nachdem alles genauso gelaufen war, wie es die führenden „Realos“ beabsichtigt und akribisch vorbereitet hatten, erklärte „Neues Deutschland“ (am 16. 10.), „die Zeiten der Selbstfindung“ der PDS seien nunmehr beendet.

Das wirft Fragen auf: In welche Richtung erfolgte die Weichenstellung? Welchen Traditionen wurde der Bruch angekündigt? Und wo befindet sich diese Partei nach angeblich gelungener Selbstfindung fortan?

Wer sich nicht mit den optisch-akustischen Eindrücken begnügt, wie sie die Fernsehberichterstattung aus Cottbus vermittelte, sondern Parteitagereden und -beschlüsse genauer anschaut, wird erstaunt feststellen: Eindeutige Antworten lassen sich keineswegs in jedem Falle finden. Vieles von dem, was in Cottbus gesprochen und beschlossen wurde, bleibt diffus, vieldeutig, auch widersprüchlich. Allerdings: Die Grundrichtung läßt sich schon erkennen. Sie ist nicht neu. Mit ihr wird der Weg fortgesetzt, wie er von PDS-„Vordenkern“ mit der Formel vom „Ankommen“ in dieser Gesellschaft, die mit dem Verzicht auf Systemopposition gekoppelt ist, gewiesen wurde.

Der sogenannte Generationswechsel in den Führungspositionen verdeutlichte das. Wer gehofft haben sollte, daß es mit der neuen Parteivorsitzenden so etwas wie einen „Ruck nach links“ geben werde, mußte sich von solchen Illusionen verabschieden. Allerdings behielten auch jene unrecht, die - von der „Unersetzbarkeit“ Gysis und Biskys überzeugt - befürchtet hatten, in Gestalt der „Neuen“ könne sich an der Parteispitze ein intellektuelles Vakuum aufbauen. Mit ihrer Antrittsrede bewies Gabi Zimmer durchaus Profil. Ihr Auftritt zeugte von psychologischem Gespür, rhetorischem Geschick und Talent, sich in dieser Mediengesellschaft zu präsentieren. Ohne zu verhehlen, daß sie zu den „Reformern“ gehört, vermittelte sie ihre Position auf eine Weise, die der Parteitageharmonie keinen Abbruch tat. Für jeden war etwas dabei. So blieb innerparteilicher Frieden gewahrt. Die Delegierten honorierten das, indem sie der neuen Vorsitzenden bei der Wahl ein Traumergebnis bescherten.

Der Vorwurf journalistischer Beobachter, Gabi Zimmer habe zwar „viele Fragen aufgeworfen, aber keine beantwortet“, ist in solcher Absolutheit unzutreffend. Selbst dort, wo sie nur mit Andeutungen oder halben Antworten aufwartete, wurde sie gerade damit deutlich. Ihren 60-Minuten-Vortrag vervollständigte zudem der vom Parteitag angenommene Beschluß, mit dem die PDS de facto bereits ihre Wahlplattform für 2002 offerierte.

Damit wird die Partei in erster Linie auf das Zustandekommen eines Mitte-Links-Bündnisses orientiert. Dessen Bestandteil soll sie selbst sein. Um die erforderliche Eignung zu erwerben, müsse sich die PDS „in die Gesellschaft

hinein öffnen“ und „sozialistische Volkspartei“ sein, die „nicht nur in einer Klasse oder Gruppe, nicht nur in einem Milieu“ verankert ist.

Nun muß sich unvermeidlich nach rechts bewegen, wer von linken Positionen aus den Schulterschuß zur Mitte sucht. Wobei in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte bereits ein ziemliches Gedränge herrscht - dort spielen sich SPD und CDU bereits als Platzhirsche auf. Hinter all dem Gerangel steckt jedoch nichts anderes als das Bestreben, sich einer möglichst breit gefächerten Wählerklientel zu verschichern - mit welchen politischen Angeboten auch immer. Die PDS-Führung möchte offenkundig an diesem Wettstreit teilnehmen. Mit der Floskel, doch „keine Angst vor dem Volk zu haben“, suchte Gabi Zimmer ihrer Parteibasis den „Volkspartei“-Begriff schmackhaft zu machen. Denn bei den Genossen „unten“ stößt der Slogan verbreitet auf Skepsis. Das nicht ohne Grund, weil er eben nicht „das Volk“ meint, sondern eine Umorientierung auf ganz bestimmte gesellschaftliche Schichten. Im Parteitagebeschluß wird das als „Verankerung in den leistungsstarken sozialen Gruppen“ umschrieben. Auf wen man damit zielt, benannten Funktionäre der PDS - so ihr Schweriner Spitzenmann Holter - vor dem Parteitag im Klartext. Es gehe um die Gewinnung von „Leistungsträgern“. Die FDP bezeichnet sie als „Besserverdienende“.

Der „Bruch“ mit bestimmten Traditionen, den Gabi Zimmer forderte - hier erhält er Konturen. Zwischen dem heutigen „Volksparteikonzept“ und dem, was zu Beginn der „Erneuerung“ als soziale Basis der Partei galt, liegen Welten. Immerhin lautete die Schlagzeile des ND am 13. Dezember 1989 noch: „Gysi: Unsere Partei will politische Heimat aller Werktätigen sein“. Der Wechsel des Vokabulars macht erkennbar, wie weit die PDS durch ihre Reformer schon vom anfänglichen Kurs abgebracht worden ist.

Zu den Fragen, auf die der 7. PDS-Parteitag die Antwortschuldig blieb, gehört vor allem jene, die Hans Modrow in seiner Eröffnungsrede aufwarf: „Wie steht die Partei zur sozialistischen Perspektive?“ Ein vernehmbares Echo blieb aus. Man verwendete weder Geist noch Zeit auf Visionen. Sozialismus spielte als „fernes Ziel“ allenfalls die Rolle einer Ikone. Man war vollauf mit gegenwärtigem beschäftigt: Die PDS wolle linke Opposition und gestaltende Reformkraft zugleich sein, lautete die zweiteilige Formel dafür. Was an Oppositionswillen zutage trat, hatte mit Systemopposition nicht mehr das Geringste zu tun. Im Wesentlichen ging es um Forderungen, deren Realisierung die kapitalistische Gesellschaft partiell „sozialverträglicher“ werden ließe - und sie damit zugleich stabilisieren würde. Daß selbst ein so bescheidener Anspruch geeignet sein könnte, für die Benachteiligten in der BRD wichtige Erleichterungen zu bewirken, soll keineswegs geringgeschätzt abgetan werden. Auch wenn man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß der Stellenwert dieses Bemühens mit Blick auf die neu zu gewinnenden „Leistungsträger“ stark abnimmt.

Was hingegen sichtbar in den Vordergrund rückt, machte die Titelschlagzeile des ND am 16. Oktober deutlich: „PDS tritt an mit neuer Führung und neuer Lust aufs Regieren“. Ganz unverkennbar wird die Option auf Regierungsbeteiligung - also die Übernahme von Mitverantwortung innerhalb des kapitalistischen Systems - immer mehr zum Dreh- und Angelpunkt der Politik der PDS-Realos.

Nun halten sich jedoch in der Parteibasis hartnäckig Bedenken, daß dieser Spagat zwischen Opponieren und Mitregieren der PDS nicht nur Schmerzen, sondern auf längere Sicht möglicherweise sogar das Aus bereiten könnte. Selbst wenn man der neuen Parteivorsitzenden wohlgesonnen ist: Wie sie solchen Bedenken den Wind aus den Segeln zu nehmen versuchte, ließ schon aufhorchen. Denen, die Skepsis in bezug auf das Mitregieren äußerten, unterstellte sie, selbst bei einer mit „99 % aller abgegebenen Stimmen“ gewonnenen Wahl Opposition bleiben zu wollen. Das war ein demagogisches Kabinettstückchen. Mal abgesehen davon, daß sich mit 99 % ungute Erinnerungen verbinden - so beachtlich die von der PDS in Ostdeutschland bislang erzielten Ergebnisse auch sind, bringen sie ihr beim Eintritt in Regierungskoalitionen doch bloß die Rolle des Juniorpartners. Das bedeutet äußerst begrenzten Einfluß auf die Politik bei voller Mitverantwortung für deren Ergebnisse.

Die Sache stellt sich nur dann anders dar, wenn man dank komfortabler Wahlergebnisse zur bestimmenden Kraft in einer Koalition werden und - vor allem gestützt auf die außerparlamentarische Massenbewegung - wirkliche Veränderungen in Gang setzen kann. Dafür bedarf es keiner 99-Prozent-Quote. Aber 20 % plus im Osten und an die 6 % im Bundesmaßstab eröffnen solchen politischen Spielraum jedenfalls nicht.

Das erfahren Sozialisten und Kommunisten übrigens schon lange vor Genossin Zimmer. Auch wenn die Situation von 1923 mit der heutigen nicht vergleichbar ist, empfiehlt sich ein Rückblick auf Ereignisse jenes Jahres. Damals bildeten linke Sozialdemokraten und Kommunisten in Sachsen und Thüringen „Arbeiterregierungen“ zur Abwehr der rechtsradikalen Gefahr. Sie schickten sich - auch wenn das mit Inkonsistenz und gravierenden Fehlern verbunden war - an, den Interessen der Werktätigen Geltung zu verschaffen. Der Einmarsch der Reichswehr setzte dem schnell ein Ende. Die gewaltsame Beseitigung der linken Landesregierungen erfolgte mit dem Segen des damaligen Reichspräsidenten. Der hieß Friedrich Ebert und war ein Führer der SPD. Die politischen Sachwalter von Großkapital und Hochfinanz, auch wenn sie Sozialdemokraten waren, hielten formell-freiheitliche Rituale stets nur solange ein, wie sie ihren Zwecken dienten. Dennoch sieht auch die neue Führung der PDS in der Sozialdemokratie ihren Wunschpartner für künftige Mitte-Links-Koalitionen, in denen sie - mit Juniorstatus - ihrer „Lust aufs Regieren“ nachkommen kann.

(Fortsetzung im nächsten Heft)

Wolfgang Clausner

Zur Antifaschismus-Resolution des 7. PDS-Parteitag

Ein gefährlicher Spagat

Ohne Zweifel sind die Mitglieder der PDS konsequente Antifaschisten. Deshalb ist das Bekenntnis des Cottbusser Parteitages zum Antifaschismus ein folgerichtiger Schritt. Es begründet die Erwartung, daß sich die PDS - dank ihrer Mitgliederzahl, Erfahrungen und Organisiertheit - auch als die gesellschaftliche Kraft versteht, die bereit ist, an die Spitze des Kampfes gegen die faschistische Gefahr zu treten. Sollen wir diese Hoffnung nach Cottbus begraben? In der Resolution „Die PDS und der Antifaschismus“ wird jede Führungsabsicht verneint. Ist sich der PDS-Parteivorstand seiner Verantwortung nicht bewußt? Will er diesen Rang tatsächlich den gewaltbereiten Innenministern, Leuten vom Schlage der Beckstein und Schönbohm, überlassen? Ihre „Initiativen“ bedeuten doch nichts anderes als Gängeln und Abwürgen jedes Massenwiderstandes gegen Faschisierer und Faschisten! Was soll die Verbeugung vor Kohl und Stoiber? Dieser Spagat, hoffähig zu werden und antifaschistisch zu bleiben, wird nicht gelingen.

Antifaschismus sei eine „unabhängige historisch-politische und ideell-moralische Bewegung“, heißt es im PDS-Dokument nebulös. Mit moralischen oder ideellen Beschwörungen wurde noch kein einziger Faschist in die Schranken gewiesen! Ist es den Verfassern wirklich nicht bewußt, daß es sich hier nicht nur um die Zurückweisung einer menschenverachtenden Ideologie, sondern um Mord und Totschlag, um Krieg und Frieden handelt? Es geht nicht allein um geistige Auseinandersetzung, sondern vor allem um die Mobilisierung der Mehrheit der Bürger.

Richtig stellt der Beschluß fest, daß in der DDR die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus beseitigt waren. Warum aber sagt er nicht klipp und klar, daß dieses Fundament - die Herrschaft des aggressiven Finanzkapitals - in der BRD nicht nur weiterbesteht, sondern sich 1990 auch auf das Territorium der DDR ausgedehnt hat, wofür die „erste frei gewählte“ Volkskammer den Weg öffnete? Will die PDS-Führung den heutigen Machthabern - ihren künftigen Koalitionspartnern - nicht wehtun?

Warum und wovon soll der „nicht länger ausgrenzende“ Antifaschismus eigentlich „unabhängig“ sein? Wieder verweist man auf die DDR, die den antifaschistischen Kampf angeblich im Interesse der Kommunisten instrumentalisiert habe. Worauf zielt die Loslösung des Antifaschismus von seinen sozialen Stützpfählen ab?

Die PDS-Führung bläst in das Horn der Delegitimierer der DDR und unterstellt weiter, der sozialistische deutsche Staat habe „selbstgefällig im antifaschistischen Kampfnachgelassen“. Daran ist kein wahr-

res Wort. Ein Beispiel von Tausenden mag das belegen: 1988 haben Schüler von drei Oberschulen in Schöneiche bei Berlin, wo ich früher wohnte, Lebenswege von 30 antifaschistischen Widerstandskämpfern aufgespürt, Gespräche mit ihnen selbst oder mit ihren Nachkommen geführt, Literatur gewälzt, Dokumente studiert, sich mit den Verbrechen der Nazis auseinandergesetzt. Das Ergebnis wurde im Dezember 1988 veröffentlicht. So etwas gab es bis zuletzt überall.

Möge die PDS-Führung ein paar einfache Fragen beantworten: Hat die DDR jemals faschistische Propaganda zugelassen? Gab es in der DDR irgendeine Form von Kriegsverherrlichung und legaler Nazi-Nostalgie? Wurden zu irgendeiner Zeit entsprechende Parteien, Verbände, Verlage, Zeitungen, Filme und Videos erlaubt? War die alljährliche Ehrung der Widerstandskämpfer an ihren Gedenkstätten und der Befreier vom Faschismus am 8. Mai nur eine Farce? Was soll die Distanzierung der PDS-Führung vom lückenlos antifaschistischen Charakter der DDR? War sie nicht bis zu jenem Tage, an dem der Nachfolgestaat des 3. Reiches auch im annektierten Osten das Ruder übernahm, eine Bastion des Antifaschismus? Und das ungeachtet der Tatsache, daß die Nazi-Ideologie permanent aus der BRD herüberschwappte! Soll das wahrheitswidrige Anschwärzen der DDR die Verantwortung auch gewisser Kreise in der PDS für ihre Auslieferung an das imperialistische Deutschland verdunkeln?

Die PDS habe sich von der „einseitigen und vielfach im Pathos überhöhten oder vordergründig politisch instrumentalisierten Würdigung des kommunistischen Widerstandes gelöst“, wurde in Cottbus beschlossen. Damit folgte man der Diktion jener dubiosen „Kommission zum Umgang mit politischen Denkmälern der Nachkriegszeit in Ostberlin“, die behauptete, die Ringmauer in Friedrichsfelde sei vor allem „SED-Funktionären“ vorbehalten gewesen. Von den 65 hier Beigesetzten gehörten 14 der SPD an. Nur 20 hatten in der DDR Partei- oder Staatsfunktionen inne. Die Abordnung der SPD (H. J. Vogel, A. Fuchs, H. Wiczorek-Zeul, W. Momper), die am 27. Mai 1988 (!) das Andenken führender Sozialdemokraten ehrte, kann die Gedenkstätte der Sozialisten doch wohl nur deshalb gewählt haben, weil sich dort deren letzte Ruhestätte befindet. Schließlich steht der Gedenkstein für Rudolf Breitscheid direkt neben dem Ernst Thälmanns. Und wer Buchenwald besuchte, konnte auch dort die Gedenktafeln für den SPD-Vorsitzenden und den KPD-Vorsitzenden Seite an Seite finden. Mit der nachgestalteten Zelle des Pfarrers Paul Schneider wurde überdies der Widerstand kirchlicher Kreise

gewürdigt. Und als man Oberst Klaus Graf von Stauffenberg in der BRD noch als „Verräter an der Wehrmacht“ behandelte, galt er in der DDR längst als mutiger Gegner der Faschisten.

Bei den 30 Widerstandskämpfern aus Schöneiche fanden die bereits erwähnten Verfasser der Schülerstudie übrigens heraus, daß 22 von ihnen der KPD, 2 der SPD, 2 der USPD und 4 keiner Partei angehört hatten. Unter ihnen befanden sich 2 jüdische Mitbürger. Den jungen Nachforschern wurde auf diese Weise klar, daß der Widerstand von breiten Kreisen getragen worden war, wobei Kommunisten die Hauptlast übernommen hatten.

Einseitigkeit erhielt die Interpretation des Antifaschismus erst 1990, als Straßen und Plätze, die nach Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und anderen Kommunisten benannt worden waren, neue Namen erhielten und man den Widerstand auf Männer wie Gerdeler und Schindler reduzierte. Einseitig ist auch die Einschränkung der Verbrechen der Hitlerfaschisten auf den Massenmord an den Juden. Die braunen und schwarzen Exekuteure des Holocaust konnten ihre antisemitischen, auch gegen Sinti und Roma gerichteten Untaten erst begehen, nachdem hunderttausende antifaschistische Klassenkämpfer des deutschen Proletariats mit grausamer Härte ausgeschaltet worden waren. Darum: Antikommunismus - selbst in antifaschistischem Gewande - ist eine Verbeugung vor dem Faschismus. Der Cottbusser Beschluß - soviel Richtiges in ihm auch enthalten ist - erweist sich in letzter Konsequenz als Kotau vor dem Kapitalismus, der den Faschismus hervorbringt.

Norbert Pauligk

Für ein gesäubertes Thälmann-Denkmal!

Es hat sich ein Aktionsbündnis gebildet, das dafür sorgen will, das **Thälmann-Denkmal** im Prenzlauer Berg bis zum 115. Geburtstag des Arbeiterführers am 16. April 2001 von Graffiti-Sprühereien und anderen Inschriften zu reinigen. Ihm gehören u. a. auch die SDAJ und die DKP Berlin an. Wer Kontakt sucht, kann sich unter der Adresse Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel./Fax 030-29783132 (SDAJ) genauer informieren.

„RotFuchs“-Register erschienen

Ein Register der Hefte 1 bis 23 (Jahrgänge 1998/99) mit Rubriken, Titeln, Autorennamen und Seitenangaben zu sämtlichen „RotFuchs“-Veröffentlichungen ist unter Beifügung von 3,00 DM in Briefmarken ab sofort bei unserem Kulturredakteur **Wolfgang Metzger, Essener Str. 21, 10555 Berlin** erhältlich.

Nochmals zu einigen Gründen der Niederlage der DDR

Im Klassenkampf besiegt

Schon unmittelbar nach dem Sieg der Konterrevolution über den Sozialismus in der DDR - den Bürgern vom Gegner als „Wende“ eingeredet - gab es eine Reihe Eilfertiger, die „Instant“-Antworten zur Erklärung des historischen Geschehens in der Schublade hatten. Ein System, ein Modell, eine Theorie, eine Weltanschauung seien gescheitert und zusammengebrochen, verkündeten sie. Aus der Tatsache, daß die DDR ohne Widerstand in die Hände der imperialistischen Eroberer aus dem Westen gefallen war, schlußfolgerten sie auf die Überlegenheit kapitalistischer Verhältnisse.

Der sozialistische deutsche Staat ist nicht aufgrund einer „maroden Wirtschaft“ kollabiert oder Opfer einer prinzipiell falschen Politik geworden, sondern dem Gegner nach vier Jahrzehnten erbitterten Klassenkampfes unterlegen, in dem er über lange Strecken hinweg ein hohes Maß an Dynamik und Attraktivität, an Prinzipienfestigkeit und Beharrungsvermögen bewiesen hat. Es besteht kein Zweifel: Auch eine makellose DDR ohne Fehl und Tadel hätte sich in der entstandenen strategischen Konstellation allein und ohne ihre entscheidende Schutzmacht - die UdSSR - nicht halten können. Wir gehen davon aus, daß innere und äußere Faktoren zur Niederlage der DDR geführt haben, die nur in ihrem Zusammenhang ein exaktes Bild ergeben. Dabei waren die äußeren Faktoren - anders als im Falle der Sowjetunion - wohl die ausschlaggebenden. Hierzu rechnen wir den jahrzehntelangen Druck eines mächtigen und am Ende überlegenen Gegners und dessen wechselnde konterrevolutionäre Konzepte zur Zerschlagung des Sozialismus; das Wirken der Geheimdienste und die enorme Rolle der imperialistischen Medien, die das Bewußtsein großer Teile der DDR-Bevölkerung systematisch zersetzten. Wir ziehen auch die Lage in der kommunistischen Weltbewegung, besonders in den Parteien Europas, von Polen und Ungarn bis Frankreich und Italien in Betracht, wo Revisionismus und Opportunismus immer stärker Einzug hielten, sowie Unterwanderungs- und Auflösungsprozesse in KPdSU und UdSSR, die letztlich zur verräterischen Preisgabe aller mit Moskau verbündeten Länder führten. Es ist offensichtlich, daß es sich dabei um einen langjährigen Niedergang gehandelt hat, der mit der Machtübernahme durch die vermutlich fremdgesteuerte Gorbatschow-Clique seinen traurigen Abschluß fand.

Es wäre indes falsch, die Dinge so darzustellen, als sei die DDR lediglich Opfer des zerstörerischen Wirkens von Verrätern und Renegaten gewesen. Es gab innere Faktoren, die zur Niederlage dieses insgesamt erfolgreichen sozialistischen Staates - der größten Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - beitrugen.

Hier soll zunächst auf politisch-ideologische Faktoren eingegangen werden. Die SED war bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre eine stabile marxistisch-leninistische Partei, die auch später den von der Gorbatschowischen KPdSU-Führung ausgehenden zerstörerischen Einflüssen zunächst widerstand. Doch selbst in ihr besorgten bestimmte Leute, die sich vor allem mit theoretischen Fragen befaßten, die Geschäfte anderer. Ich denke nur an „Experten“ wie Professor Rolf Reißig und weitere Koryphäen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Im August 1987 wurde nach langwierigen Verhandlungen der SED mit der SPD ein Ideologiepapier beider Parteien veröffentlicht, das dem Imperialismus „Friedensfähigkeit“ bescheinigte und in wesentlichen Fragen ideologisches Zurückweichen seitens der SED signalisierte. Mit der weltweiten Anerkennung der DDR begann sich eine „klassenindifferente“ Beurteilung imperialistischer Politik auszubreiten. So forderte mich ein stellvertretender ND-Chefredakteur nach der Wahl des früheren CIA-Direktors George Bush zum USA-Präsidenten angesichts der geplanten Reise Erich Honeckers in die Vereinigten Staaten dazu auf, einen „freundlichen Kommentar“ zu schreiben. Als ich das ablehnte, verfaßte er selbst die Laudatio.

In den letzten Jahren der Existenz der DDR wurde die öffentliche Kritik an Mängeln und die daraus resultierende Selbstkritik mit der Erklärung abgewürgt, man liefere dem Gegner kein Material für seine antisozialistische Propaganda. Anders als Castro in Cuba sagte man den Bürgern nicht die Wahrheit über zu erwartende Schwierigkeiten. Während am 6. April 1968 - bei der geheimen Abstimmung über die sozialistische Verfassung der DDR - noch 94,5 % mit Ja votiert hatten, kam es in den 80er Jahren zunehmend zur Trennung von Partei und Volk, von Parteiführung und Partei. Gravierende Fehler wurden in der Kaderpolitik begangen. Klassenfremde Elemente und Karrieristen waren in großer Zahl in die Reihen der SED eingedrungen. Maßlos aufgebläht, zählte sie zuletzt 2,3 Millionen nominelle Mitglieder und Kandidaten. Der inzwischen gut bezahlte Apparat hatte einen Umfang angenommen, der jedes vernünftige Maß überstieg. Da die Aufgaben von Partei- und Staatsapparat faktisch auf allen Ebenen doubliert wurden, beschäftigte die SED schließlich mehr als 40 000 hauptamtliche Mitarbeiter - von der Küchenfrau bis zum Generalsekretär. Hinzu kamen ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten, die die Stabilität des industriell und agrarisch hochentwickelten Landes gefährlich untergruben. Die Einbindung der DDR in immer höhere Militärausgaben, der Riesenaufwand, den sie trieb, um Anschluß an die modernen Hochtechnologien zu gewinnen,

das verschärfte Embargo in Gestalt der COCOM-Liste, die den Export sogenannter strategischer Güter in sozialistische Staaten untersagte, sowie die Einleitung eines zwar großzügigen, aber nicht durchbilanzierten sozialpolitischen Programms, das die ökonomischen Möglichkeiten des kleinen Landes erheblich überforderte, waren entscheidende Faktoren zur Senkung des Lebensstandards, die sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bemerkbar machten.

Noch zwei weitere Gründe sind hier zu nennen: Als ressourcenarmes Land war die DDR auf den Import fast sämtlicher Rohstoffe und den Export eines übergroßen Teils ihrer auch im Inland benötigten Fertigprodukte angewiesen. Die Schere zwischen den Preisen für Rohstoffe und Enderzeugnisse öffnete sich damals auf den Weltmärkten immer mehr zu Ungunsten der Fertigprodukte. Andererseits war die Akkumulationskraft der DDR durch die Nichtbeteiligung an der Ausplünderung der Dritten Welt 2-3 mal geringer als die der westlichen Hauptländer.

Diese inneren Faktoren haben sicher dazu beigetragen, daß sich der Konterrevolution zunehmende Möglichkeiten eröffneten, Einfluß auf den Lauf der Ereignisse zu gewinnen. Hinzu kamen empfindliche subjektive Schwächen und Mängel in der Führung der SED, die im Sommer und Herbst 1989 der akut drohenden Gefahr, die sich in der Massenfluchtpsychose und in feindlichen Straßendemonstrationen offenbarte, mit völliger Hilf- und Sprachlosigkeit begegnete. Monatelang erhielten die Genossen der SED-Basis keine situationsgerechte Anleitung ihrer Zentrale. Verhängnisvoll war die Empfehlung von Parteileitungen, die Genossen sollten sich „zur Beruhigung der Gemüter“ unter die Teilnehmer konterrevolutionärer Demonstrationen mischen und auf eigene Aktionen zur Verteidigung der DDR verzichten.

Als schließlich eine Gruppe kleinbürgerlicher Intellektueller um den Populisten Gregor Gysi einen die Konterrevolution forcierenden Parteiputsch unternahm und das gesamte Zentralkomitee hinwegfegte, fehlte in der SED eine marxistisch-leninistische zweite Reihe, die diesen Angriff hätte abwehren können. Mit dem endgültigen Wegfall der SED als Avantgardepartei, mit der Auflösung der bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse und des Ministeriums für Staatssicherheit, mit der schlagartigen Liquidierung sämtlicher SED-Betriebsgruppen wurde dem Klassenfeind der Weg freigegeben, nachdem die durch den übergelaufenen Spitzenfunktionär G. Schabowski wohl nicht zufällig geöffnete Staatsgrenze der DDR bereits das Eindringen ganzer Armeen imperialistischer Agenten ermöglicht hatte.

Klaus Steiniger

Als Parteisekretär im Karl-Liebknecht-Werk (6 und Schluß)

Was aus den sächsischen Bergleuten wurde

Die sächsischen Steinkohlengruben hatten in Deutschland schon vor dem 2. Weltkrieg nur noch eine geringe Bedeutung. 1938 kamen von den fast 200 Millionen Tonnen 137 aus dem Ruhrgebiet, 42 aus Schlesien, 14 aus dem Saarland und nur 3,5 Millionen Tonnen aus dem Zwickau-Ölsnitzer Revier. Das erklärt auch, weshalb in Sachsen keine Ausrüstungen für den Steinkohlenbergbau hergestellt wurden. Alles, vom Preßlufthammer bis zu der riesigen Dampfmaschine, die Kohle und Mannschaften aus hunderten Metern Tiefe förderte, wurde in den Schwerindustriebetrieben des Ruhrgebiets produziert. Sogar die Stahlschächte für die Förderanlagen der Schächte. Als 1951 das Seil des „Deutschland“-Schachtes in Ölsnitz zu brechen drohte, mußte die Förderung solange stillgelegt werden, bis es gelungen war, unter Umgehung des Embargos auf illegalen Wegen ein neues Seil aus dem Westen zu beschaffen.

Die Zahlen von 1950: Ruhrgebiet 110, Saar 15, DDR 2,8 Millionen Tonnen. Bis zum Ende der 50er Jahre lag die Förderung in unserem Revier immer bei etwa 2,5 Millionen Tonnen jährlich, 1970 aber betrug sie nur noch 1 Million. Damals wurden fast alle Schächte geschlossen, nicht, weil auch bei uns Erdöl zur wichtigsten Energiequelle wurde, sondern weil die Kohle eben zu Ende ging. Die Förderung - 1975 betrug sie noch 540 000 Tonnen - sank 1978 auf 85 000 Tonnen. Dann war Schluß. Was aber wurde aus den Bergleuten?

In der BRD war die Förderung von 1960 bis 1978 auf fast die Hälfte abgesackt, viele Kumpel wurden arbeitslos. Gab es 1960 im Westen „nur“ 237 000 (registrierte) Arbeitslose, so waren es 1975 bereits mehr als 1 Million. In der DDR hatten wir keine Arbeitslosen. Wo blieben die Leute aus der Steinkohle? Die Schächte waren nicht über Nacht geschlossen worden. Frühzeitig, lange zuvor, wurden die Bergleute bei uns auf das Ende der Förderung vorbereitet. Sowohl beruflich - sie konnten neue Tätigkeiten erlernen - als auch psychologisch. So arbeiteten nun ganze Brigaden von Häuern im Bauwesen. Der Wechsel vom Ausbau unter Tage, damit nichts einstürzt, zum Aufbau über Tage, gemeinsam mit den alten Kollegen, fiel den meisten nicht schwer. Viele gingen auch in das Zwickauer Autowerk, montierten Trabis ...

Und in Ölsnitz? Außer dem Karl-Liebknecht-Werk gab es kaum Betriebe, gebaut wurde nicht viel, die kleinen Orte der Bergleute waren von Bombenangriffen verschont geblieben. Also nutzte man die Übertageanlagen und Gebäude, um dort neue Produktionsstätten zu schaffen. Natürlich ließ sich in Ölsnitz keine Werkzeugmaschinenfabrik, kein Elektrogerätekwerk

unterbringen; dazu fehlten den ehemaligen Häuern einfach die Fachkenntnisse.

Mitte der 70er Jahre fuhr ich mit meiner Frau nach Ölsnitz, um mal zu sehen, was da geschehen war. Die Gebäude der Übertagewerkstätten gehörten jetzt zu einem Büromaschinenwerk. Man stellte einfache Zulieferteile her. Die früheren Bergleute arbeiteten an Drehbänken, Pressen, Stanzen, Bohrmaschinen, in einer Galvanik, wo die Blechteile mit Aluminium oder Kupfer überzogen wurden. Der Werkleiter, zuletzt Technischer Direktor des Schachtes, erzählte, daß die älteren Männer ohne Einbußen früher hatten in Rente gehen können; die Jüngeren, jetzt Metallarbeiter, erhielten einen Ausgleich, auch würde ihnen die Bergmannsrente gezahlt. Sie seien zuerst nicht sehr willig gewesen, sich an die ungewohnten Maschinen zu stellen, zumal sie sich manch Neues hätten aneignen müssen. „Aber ich habe ihnen gesagt, wenn ich als Bergwerksingenieur noch mal Maschinenbau studiert habe, dann werdet ihr doch wohl auch drehen und stanzen lernen können.“

Und damit hatte er Erfolg. Man spürte es, in der großen Halle wurde gewissenhaft gearbeitet, ohne Stockungen, der Raum war ruhig und sauber. Alte Bekannte aus meiner Zeit traf ich nicht mehr, wohl aber den Sohn Herbert Landmanns, der zu den ersten gehört hatte, die dem Beispiel Adolf Henneckes gefolgt waren. Damals brachte der „Vorwärts“, die Wochenzeitung der SPD, einen ausführlichen Bericht über die Veränderungen im Zwickau-Ölsnitzer Revier. Darin hieß es, hier könne die BRD mal von der DDR lernen, wie man den Arbeitern den Übergang von einem Beruf in andere ermöglicht!

Ja, und dann hatte man aus dem Gebäude, in dem die mächtige Dampfmaschine stand, ein Bergbaumuseum gemacht! Die Maschine war mit einem Elektromotor verbunden worden. Besucher konnten diesen anschalten. Dann lief das Aggregat, langsam, und man konnte in einem Nebengebäude, das keinerlei Fenster besaß, hinauf auf den großen Förderturm, von dort ging es hinab. Und dann: Halt! Raus aus dem Förderkorb! Wir waren in einem Streb angekommen, dort die Kohlewand, die Holzstempel zur Abstützung, hier eine Schüttelrutsche, die die abgebaute Kohle fortschaffte, Preßlufthammer. Und der Krach! Es arbeiteten zwar keine Häuer, aber über Lautsprecher war der ganze Raum voll mit den Originalgeräuschen, die die Bergleute im Laufe der Jahre etwas schwerhörig machten.

Ich fragte meine Frau, was sie wohl meine, wie tief wir gefahren seien, und sie sagte: „Vielleicht hundert Meter?“ Wir gingen mit den anderen Besuchern auf eine schwarze Wand zu. Diese öffnete sich und wir traten ins Freie. Die Täuschung wirkte auf Menschen, die noch nie unter Tage gewesen

waren, perfekt. Und so hatte es ja auch wirklich dort ausgesehen und geläut!

Andere Teile des Übertagegebäudes waren voller Grafiken und Fotos jener Bergleute, die seinerzeit dem Beispiel Henneckes gefolgt waren. Leider befand sich darunter kein Bild von Dr. Dr. Mauersberger, auch er hätte es verdient. Dann natürlich alle Arten von Gezähe, wie die Bergleute ihr Werkzeug nennen, Dokumente mit Auszeichnungen und vielem anderen mehr.

Die ganze Geschichte ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie in einer sozialistischen Planwirtschaft mit volkseigenen Betrieben der Übergang von einem Industriezweig zum anderen vollzogen wurde. Und wie der Alltag des Arbeiters in einem sozialistischen Land aussah. Sie könnte vielleicht nicht nur jüngere Genossen unserer Partei, sondern auch jene Saar-Kumpel interessieren, für die kürzlich von einem Tag auf den anderen Schluß war!

Walter Florath

Egon Krenz: Recht vor Gnade

„... Was mich betrifft, so bleibe ich auch jetzt dabei: Ich stelle keinen Antrag auf Begnadigung. Mir geht Recht vor Gnade. Auch deshalb gehe ich zum Europäischen Gerichtshof. Es ist durchaus nicht sicher, daß ich dort gewinne. Aber wie heißt es doch: Wer aufgibt, hat schon verloren. Wer kämpft, kann noch gewinnen. ... Mit einer Entscheidung ist nicht vor dem Frühjahr zu rechnen. Was wird, werden wir sehen. Obwohl ich nicht glücklich darüber bin, im Knast sitzen zu müssen, freue ich mich aber, daß Diepgen mich nicht in ein Boot mit Schabowski und Kleiber (die Freiheit gönne ich ihnen von Herzen) gesetzt hat. Das wäre mir peinlich gewesen. Dort gehöre ich nicht hin. Dort will ich auch nicht sein. Frei möchte ich schon sein, vor allem der Familie wegen. Doch erkaufen durch einen Kniefall werde ich meine Freiheit nicht. Meine Gesinnung lasse ich mir nicht nehmen, auch nicht zum Preis einer möglichen Begnadigung. Wenn die Aufgabe meiner Lebensleistung in der DDR die Voraussetzung für Freiheit sein soll, dann ertrage ich lieber das Unrecht der Haft.“

(...)

(Aus einem Brief an Genossen Arno Fleischer. Egon Krenz befindet sich in der JVA Plötzensee, Friedrich-Ölbricht-Damm 16, 13627 Berlin)

Schreibt an Genossen **Karl-Heinz Knoche**, der am 9. 8. 2000 eine vierjährige Freiheitsstrafe in der JVA **Hakenfelde, Niederneuendorfer Allee 140-150, 13587 Berlin** antreten mußte. Der wegen angeblicher Rechtsbeugung verurteilte Jurist ist ein weiterer politischer Gefangener des imperialistischen deutschen Staates.

Was können revolutionäre Kräfte in einer nichtrevolutionären Etappe tun?

Studieren, schulen, vereinen!

„Alle Messen sind gesungen“; die für den 3. Oktober 1990 wie jene vom PDS-Parteitag am 14./15. Oktober 2000. Man kann - die inzwischen geäußerten Bekenntnisse unterstützen das - sachlich feststellen: Beide Ereignisse stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang miteinander. Bei dem Vorgang, der landläufig als „Wiedervereinigung“ verkauft wird, fiel der ideologischen, politischen und organisatorischen Lähmung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine besondere Rolle zu. Diesen Part hatten Kräfte übernommen, die sich selbst als Sozialisten bezeichneten.

Kennst du die Funktion eines Stellwerkes am Bahnhof? Dieser Vergleich drängt sich mir seit einiger Zeit immer stärker auf: Ein Zug hat die vom Stellwerker in Zusammenarbeit mit der Fahrdienstleitung bediente Hauptweiche überrollt und nähert sich dem vielfach gegliederten Gleissystem in der Höhe der Bahnsteige. Man sieht den Zug anfangs noch weit links fahren; aber die gestellten Weichen garantieren, daß er schließlich am rechten Bahnsteig einläuft. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es in einzelnen Abteilen Reisende oder sogar ganze Gruppen von ihnen gibt, die lieber auf der anderen Seite herausgekommen wären.

Noch ein zweiter Vergleich kommt mir in den Sinn: Im Karl-Marx-Haus zu Trier habe ich ein farbiges Plakat erhalten, auf dem die deutsche Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts dargestellt wird: ihre ursprünglichen Strömungen als Wurzeln, ihre ab 1875 vereinte Kraft als Stamm und ihre weitere Zunahme und feingliedriger gewordene Ausprägung als Krone eines mächtigen Baumes. Dieses Bild gibt zu denken. In biotischen und gesellschaftlichen Bewegungsformen der objektiven Realität kann man feststellen, daß sich Neues nicht unter Beibehaltung aller Elemente des früheren Zustandes bildet. Die jungen Triebe einer Pflanze wachsen eben nicht aus den vorangegangenen Blättern, die sich ihrerseits anfangs auch als frischer, hellgrüner Wuchs gezeigt hatten, sondern im „Kern“, im „Herzen“ neben diesen Blättern. Sie werden alle mehr oder weniger schnell ausgeprägt, grünen saftig, um später - wenn sie ihre Funktion erfüllt haben - gelb und braun zu erschlaffen. „Denn alles, was entsteht, ist wert, daß es zugrunde geht“, ließ Goethe vor fast 200 Jahren seinen Faust in der Studierstube erkennen. Das Blatt, das ich meine (das in Cottbus aus den Angeln gehobene Ergebnis des Münsteraner PDS-Parteitags), ist - im Vergleich zum Wandel der deutschen Sozialdemokratie zwischen ihrem Erfurter Parteitag 1891 und der Bewilligung der Kriegskredite im Sommer 1914 - schneller vergilbt als vorangegangene. Man könnte mit

Heine sagen: „Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie immer neu“.

Diese alte Geschichte gibt es, seitdem so viel Profit erzeugt wird, daß die Herrschenden davon auch eine erkleckliche Zahl Ausgebeuteter und Abhängiger korrumpieren können, um sich ihre Herrschaft alle paar Jahre durch Wahlergebnisse bestätigen zu lassen. Das wird dann demagogisch „Demokratie“ genannt und das Kapital bezeichnet sich schlicht als „Wirtschaft“. Wenn eine komplizierte und risikoreiche Operation - um ein anderes Gleichnis zu wählen - am Ende doch nicht erfolgreich ausgeht, ziehen Mediziner dann eigentlich den Schluß, künftig überhaupt nicht mehr oder mit weniger scharfem Skalpell zu operieren? Sollten wir - indem wir in die Rolle dieses Arztes schlüpfen - nach 1989/90 für alle Zeiten aufstecken? Wohl kaum! Aber immer wieder wird am Anfang eine solide Diagnose stehen müssen - dort wie hier!

Kommen wir auf unsere Bewegung zu sprechen. Was machte Marx nach der niedergeschlagenen Revolution 1849? Er bemühte sich, in der Bibliothek des Britischen Museums in London, alle einschlägigen Forschungsergebnisse zu Grundlagen der menschlichen Geschichte, also Faktensammlungen, Statistiken und Darstellungen, vor allem von Ökonomen verfaßte, zu studieren, denn obwohl Adam Smith 1776 in einem zweibändigen Werk untersucht hatte, worin die „Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen“ liegen, war durch niemanden die Tatsache wissenschaftlich aufgedeckt worden, warum sich eine vom Kapitalisten in ein Unternehmen vorgeschossene Geldsumme nach einer gewissen Zeit vermehrt. Etwa um 1857 kam Marx hinter das Geheimnis des Mehrwertes. Nachdem er 1859 von seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“ ein Heft mit Kapiteln über Ware und Geld veröffentlicht hatte, bedurfte es weiterer acht Jahre intensiver Forschungsbemühungen, bevor er das Manuskript des ersten Buchs von London zum Hamburger Verleger Meißner brachte - nun unter dem Titel „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Der Produktionsprozeß des Kapitals“.

Und was tat Marx nach der Niederschlagung der Pariser Commune 1871 und nach dem Erlaß des Bismarckschen „Sozialistengesetzes“ 1878? Er forschte verbissen weiter. Buch II (Zirkulationsprozeß des Kapitals) und Buch III (Gestaltungen des Gesamtprozesses) machte er noch nicht für den Druck fertig - obwohl Anhänger wie Gegner gespannt auf den Fortgang des Werkes warteten. Er wollte noch weitere Entwicklungen berücksichtigen.

Eine revolutionäre Bewegung erzeugt keine Revolution im engeren Sinne als Umwälzung der politischen Verhältnisse, der

öffentlichen Gewalt. Die soziale Revolution im weiten Sinne als Übergang von einer Gesellschaftsordnung zur anderen vollzieht sich - um mit Engels zu sprechen - „mehr im Stillen“ (MEW 1/550-552), was für die konkret Betroffenen durchaus katastrophal sein kann. Es handelt sich dabei um wissenschaftliche Entdeckungen, um Erfindungen, um Neuerungen, um Organisationsänderungen in Industrie, Landwirtschaft und Kommerz sowie in Finanzbereichen, um Ersetzung lebendiger Arbeitskraft durch Maschinen, verbunden mit Datenverarbeitungstechnik, um Entlassungen, um Konkurse, um Ausgliederung, um Gründung von scheinbar selbständigen Firmen, um Versinken in die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe, um das Hinterlassen ruinierter Produktions-, Transport- und Speditionseinrichtungen in den Landschaften, von blühendem Unkraut zuwachsend, um die massenhafte Abwanderung lern- und arbeitsfähiger junger Leute in andere Regionen, um das dadurch und durch Geburtenrückgang massenhaft verursachte Leerstehen von Wohnraum usw. - alles nur zu dem Zweck, daß es sich für die Profitproduktion „rechnet“.

Eine revolutionäre Bewegung macht also diese Umwälzung nicht, sondern muß sich bemühen, die komplizierter werdenden Verflechtungen, deren Inneres und Wesen nicht offen auf der Hand liegen, zu analysieren und den Betroffenen einleuchtend zur Kenntnis und zum Bewußtsein zu bringen.

Man muß als Revolutionär auch wissen: Normalerweise sind in der Entwicklung der Menschheit die evolutionären Phasen (in denen sich mehr unauffällige quantitative Veränderungen vollziehen) weitaus zahlreicher und anhaltender als die revolutionären Vorgänge, von denen Geschichtsbücher berichten (in denen also die politische Herrschaft qualitativ neu gestaltet wird). Es gab und gibt unendlich viele Revolutionäre, die in ihrem ganzen aufopferungsvollen Leben keine Revolution (im engen Sinne) mitmachen konnten oder können. Und dennoch verdienen sie nur dann diese Bezeichnung, wenn sie sich auch darum kümmern, revolutionäre Erkenntnisse und Erfahrungen den nachrückenden Generationen zu vermitteln.

Solange es objektiv keine revolutionäre Lage oder Entwicklungsetappe gibt, bleibt den revolutionären Kräften - wie Marx nach der Niederlage in Paris 1871 schrieb (MEW 33/333) - nur übrig, zu studieren, zu schulen, zu organisieren und zu vereinen, und zwar nicht im Schatten oder Schlepptau bürgerlicher und kleinbürgerlicher Bewegungen, sondern selbstbestimmt, selbstorganisiert und selbstbewußt.

Eike Kopf

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (25)

Marx, Engels und die Dritte Welt (Teil I)

Stimmt die Überschrift? Die „Dritte Welt“ zu Zeiten von Marx und Engels? Richtig - den Terminus „Dritte Welt“ gab es damals noch nicht - aber die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (hier AAL genannt) existierten natürlich.

Nun ist der Begriff „Dritte Welt“, der im Zuge des Zusammenbruchs des klassischen Kolonialsystems und der Herausbildung einer spezifischen AAL-Staatengruppe mit einigen gemeinsamen Merkmalen bei vielen und großen Unterschieden in den 50er Jahren in die politische Publizistik eingeführt wurde, kein wissenschaftlicher Terminus.

Im sozialökonomischen und formations-spezifischen Sinne gibt es keine „dritte Welt“ neben oder zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Ebenso unwissenschaftlich ist die Verwendung des Begriffs „Entwicklungsländer“. Worin unterscheiden sich denn solche Staaten wie Brasilien, Argentinien, Simbabwe, Singapur, Taiwan, Südkorea von Ländern wie Spanien, Portugal und Griechenland hinsichtlich ihrer Produktivkraftentfaltung, ihrer Produktionsverhältnisse und ihres politischen Überbaus? Andererseits ist die Differenz zwischen den Golfemiraten und Rwanda, Madagaskar oder Burundi qualitativ so groß, daß man sie wohl kaum als „Entwicklungsländer“ zusammenfassen kann.

Nun geraten wir allerdings unter Definitionszwang. In richtiger Erkenntnis der Unzulänglichkeit bisher genannter Termini wurde ein neuer Begriff als Abkürzung für AAL ins Spiel gebracht: „Trikont“. Obwohl er z. T. auch von Marxisten verwendet wird, hilft er uns keinen Flohsprung weiter. Japan gehört genauso zum „Trikont“ wie Bangladesh, Indien, Pakistan, die VR China, die Republik Sierra Leone usw. Worin unterscheiden sich denn heute noch niedergewalzte ost- und südosteuropäische Staaten nach der konterrevolutionären Zerstörung der dortigen sozialistischen Systeme von dem Imperialismus gegenüber abhängigen Ländern in AAL?

Wenn auch das klassische Kolonialsystem nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems zerstört wurde - die neokolonialistische Konterrevolution hat ein neues „Kolonialsystem“ abhängiger Länder in AAL - und in Osteuropa - wiederhergestellt bzw. geschaffen. Wirkungen also abermals von Kolonien und Halbkolonien sprechen, wobei die Methoden ihrer Ausplünderung im Vergleich zu früher eher noch schärfer und raffinierter geworden sind.

Das System des Kolonialismus hat im Verlauf von fünf Jahrhunderten, seit der Entdeckung und Eroberung Amerikas, der Ausrottung der Mehrheit der indianischen Bevölkerung und von etwa 60 Millionen Afrikanern durch den Sklavenhandel quantitative und qualitative Veränderungen erfahren. Seine Aufhebung ist nur möglich durch die Beseitigung des Kapitalismus in seiner Gesamtheit.

Marx gebührt das theoriegeschichtliche Verdienst, die Verbindung zwischen der Kolonialherrschaft und dem Entstehen sowie der Entwicklung des Kapitalismus herausgearbeitet und erklärt zu haben. Zugleich entdeckte er den Zusammenhang zwischen der Befreiung der vom Kolonialismus und anderen Abhängigkeitsformen unterdrückten Völker und dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Lohnsklaverei: Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist nicht möglich ohne die Emanzipation der kolonial unterdrückten Völker. Marx erblickte in der Untersuchung des proletarischen Kampfes um den Achtstundentag den Zusammenhang mit den Befreiungskämpfen der afro-amerikanischen Sklaven im Bürgerkrieg 1861/65: Die Arbeit in weißer Haut kann sich dort nicht emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt ist, stellte er fest. „Die erste Frucht des Bürgerkrieges war die Achtstundentagitation, mit den Siebenmeilenstiefeln der Lokomotive vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean ausschreitend, von Neugland bis nach Kalifornien.“ (Marx, Das Kapital I/318)

Der Kolonialismus war konstituierende Bedingung der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, wie heute der nicht gleichwertige Austausch zwischen den imperialistischen Metropolen und den neuen Kolonien und Halbkolonien eine Existenzbedingung des staatsmonopolistischen Systems ist. „Ungestörter Zugang zu den Rohstoffen und Märkten“, wie es so schön heißt, wobei sich hinter diesem Satz die ganze Aggressivität des Imperialismus verbirgt, der Hunger von hunderten Millionen Menschen, das

Verhungern von Millionen Kindern, das Abschreiben unzähliger Afrikaner als für das Kapital unverwertbare Masse.

So lenkt der Terminus „Dritte Welt“ von der Tatsache ab, hieß es im theoretischen Organ der KP Südafrikas „The African Communist“ (Nr. 114/1988), daß diese Länder Beziehungen zu den westlichen Führungsmächten haben: Aus ihnen resultieren die Schulden und würgenden Zinsen, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, die Verlagerung handarbeitsintensiver und umweltschädlicher Industrien multinationaler Konzerne.

Die Erkenntnisse von Marx und Engels über die Rolle der Kolonien und revolutionären Bewegungen im 19. Jahrhundert sind als theoretisch-methodologisches Instrumentarium unverzichtbar für die Analyse und Darstellung heutiger Prozesse. Dabei müssen wir das damalige Begriffs- und Kategoriengefüge berücksichtigen, das Marx und Engels zunächst von den Theoretikern ihrer Zeit übernahmen, bis sie im Zuge der Ausarbeitung ihrer Konzeption ein eigenes entwickelten. Die Grundideen zu dieser Problematik sind einmal im Kapitalwerk von Marx, insbesondere in der Untersuchung der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, zum anderen in der politischen Publizistik der beiden Klassiker enthalten, wobei letztere weniger bekannt und bis heute noch nicht voll erschlossen ist.

Übrigens hat auch der Begriff „Kolonien“ seine Geschichte. Marx und Engels verstanden darunter etwas anderes als wir heute. Sie unterschieden zwischen „eigentlichen Kolonien“, zu denen die von europäischer Bevölkerung besiedelten Gebiete Nordamerikas, Australiens und Südafrikas gehörten, und „bloß beherrschten“ Ländern mit einheimischer Bevölkerung (Indien, Algerien, den holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen usw.) Zuweilen verwandten sie den Begriff „Kolonie“ auch unter dem Aspekt der Arbeitsteilung. So bezeichnete Marx im „Kapital“ die Vereinigten Staaten von Amerika als „Kolonialland von Europa“, da ihre ökonomische Entwicklung ein Produkt der europäischen, namentlich der englischen Industrie sei. (MEW 23/475)

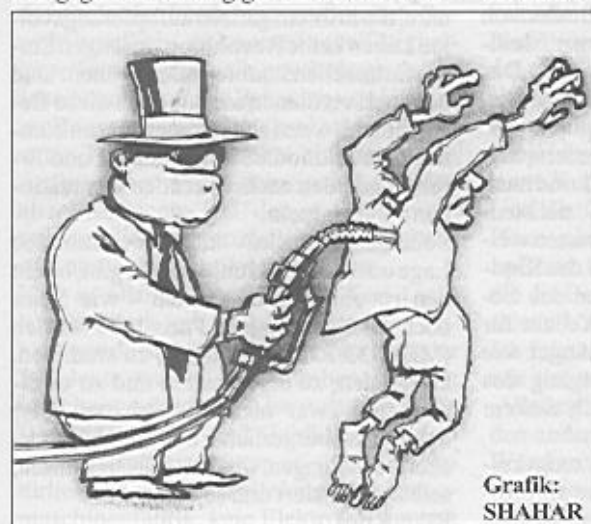
(Fortsetzung im Dezember-Heft)

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Marx, Das Kapital I, 25. Kapitel. Die moderne Kolonisationstheorie. MEW 23/792-802;

24. Kapitel. Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation. Ebenda, S. 779-782.



Grafik:
SHAHAR

Kongo: Imperialisten fürchten den Geist Patrice Lumumbas

Warum sie Kabila stürzen wollen



Laurent D. Kabila

Seit dem 2. August 1998 ist die Demokratische Republik Kongo unter Präsident Laurent-Desiré Kabila das Ziel einer großangelegten imperialistischen Aggression, bei der die Nachbarstaaten Rwanda und Uganda einen Stellvertreterkrieg

für die Vereinigten Staaten, Frankreich und Belgien führen. Hierbei sind bisher 1,7 Millionen Menschen umgekommen - 200 000 durch direkte militärische Gewalt und 1,5 Millionen durch den totalen Zusammenbruch des Gesundheitswesens in den Ostprovinzen, durch Seuchen und Hunger. Der Imperialismus hat das strategisch entscheidende Land im Herzen Afrikas, das über immense Reichtümer und Bodenschätze verfügt, seit seiner ursprünglichen kolonialen Unterwerfung nicht aus dem Griff gelassen. Das offenbarte sich vor 40 Jahren, als die belgische „Besetzung“ Kongo am 30. Juni 1960 ihre Unabhängigkeit erlangte und in Kinshasa, dem damaligen Leopoldville, die erste souveräne Regierung der Republik vorgestellt wurde. Ihr linksstehender Premier - der Patriot und Antiimperialist Patrice Lumumba - war den bisherigen Kolonialherren sofort ein Dorn im Auge. Er konnte sich nur sechs Monate halten und wurde dann mit seinen engsten Kampfgefährten von Söldnern im Dienste der CIA viehisch umgebracht. Auch jene, die den Widerstand gegen den vom Westen an die Macht geschobenen Diktator Mobutu tapfer fortsetzten, ereilte ein ähnliches Schicksal. An ihrer Spitze stand damals Pierre Mulele, Lumumbas Bildungsminister. Als er, der eine Partisanenarmee gebildet hatte, in die Hände des Feindes fiel, wurde er lebendigen Leibes zerstückelt. Doch gaben nicht auf - unter ihnen Kabila. 1996/97 zogen seine Kolonnen neun Monate lang kämpfend durch Kongo, bis Mobutu - die Marionette der Amerikaner - im Mai 1997 fiel und der Rebell die Präsidentschaft eroberte. Ein Jahr später sagte er: „Wir haben uns geweigert, Herren, Patrone zu haben. Wir haben uns entschlossen, nur wir selbst zu sein. Das war nicht die politische Sitte dieses Landes. Aber um sich entwickeln zu können, braucht es die Souveränität“.

Nach dem Ende der Diktatur, das die Imperialisten zunächst in der Erwartung begrüßt hatten, auch mit Kabila schnell handelseinig zu werden, unterbreitete der transnationale USA-Superkonzern Bechtel einen „Entwicklungsplan“ für Kongo. Seine Eckpunkte lauteten: „Respektierung der

internationalen Finanzierungsgemeinschaft“ und „Ausbeutung der natürlichen Reichtümer“. Es ging um nicht weniger als um die größten noch nicht erschlossenen Rohstoffreserven der Welt, um enorme Erdölvorkommen im Zentrum des Landes, um riesige Reserven an Gold und Diamanten sowie um seltene Erze wie Wolfram und Nickel. Die Regierung Kabila lehnte ab und unterbreitete dem Volk einen eigenen Entwicklungsplan. Darin wurde festgestellt, daß Kongo Lebensmittel für das 20fache seiner gegenwärtigen Bevölkerung produzieren könnte - und das in einem Land, dessen durchschnittliche Bewohner heute nur eine Mahlzeit am Tag einnehmen können.

Ein solches Programm, das vor allem große Investitionen für die Landwirtschaft ins Auge faßte, rief die imperialistischen Bergbauriesen auf den Plan. Ende 1997 arbeiteten die USA ein Geheimkonzept zum Sturz Kabilas aus.

Sie brachten die Armee Rwandas, die zunächst Kongo unterstützt hatte, auf ihre Seite. Plötzlich wurde Kabila bezichtigt, den „Völkermord“ gegen die rwandischen Hutus im Osten des Landes begonnen zu haben. Mordanschläge auf den neuen Präsidenten in Kinshasa wurden vorbereitet. Dann begann die Aggression mit einem Aufstandsversuch in der Hauptstadt. Kongo verteidigte sich und hält seit mehr als zwei Jahren durch. Aber seine Ostprovinzen sind besetzt und mit Terror überzogen. Am 9. April 1999 nahm der UN-Sicherheitsrat eine Resolution an, die „nach Kongo nicht eingeladene Kräfte“ aufforderte, ihre Truppen sofort zurückzuziehen. Die USA verhinderten die Durchsetzung dieser Entschließung. Ihnen geht es darum, den unerwünschten Mann der kongolesischen Linken, der gegen die Imperialisten und in der Tradition Lumumbas und Muleles steht, loszuwerden. So, wie das damals gemacht wurde, vor 40 Jahren.

Denn Kabila ist kein Strohhalm jener fünf amerikanisch-britischen Megakonzerne, die die Bergbauregionen Kongos unter Mobutu kontrollierten und die Region noch heute als ihr Privatprotektorat betrachten. Hinter all dem stehen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, die Rwanda und Uganda heute Sonderkonditionen gewähren.

In der Brüsseler Zeitung „Solidaire“ schrieb der Vorsitzende der Partei der Arbeit Bel-

giens, der profunde Kenner der Probleme Kongos, Ludo Martens: „Ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Belgiens hätten es zwei kleine Länder, die lediglich Tee, Kaffee und Bananen produzieren, niemals gewagt, ein riesiges, 55 Millionen Einwohner zählendes Land mit unermeßlichen Bodenschätzen anzugreifen“.

Unsere Solidarität gehört den kongolesischen Genossen und dem Volk des überfallenen Landes. Hände weg von Kongo!

Klaus Steiniger

Vietnamesische Jugenddelegation besuchte China

Ein neuer Anfang

Die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen waren längere Zeit durch den bewaffneten Grenzkonflikt zwischen beiden sozialistischen Staaten überschattet, der seinerzeit in der internationalen kommunistischen Bewegung große Besorgnis hervorrief. Damals gab es harsche Kritik am Verhalten Pekings.

Um so befreiender und ermutigender ist eine Meldung, die uns jetzt aus der chinesischen Hauptstadt erreichte. Vom 15. bis 24. Oktober fand in China ein Sino-Vietnamesisches Freundschaftstreffen der Jugend statt, zu dem eine acht Mitglieder zählende Delegation unter Leitung des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Jugendunion Vietnams „Ho Chi Minh“ angereist war. Die Veranstaltung ist Teil eines für die Jahre 2000 und 2001 beschlossenen Programms der Zusammenarbeit zwischen den Jugendverbänden beider Länder. Es dient der Verwirklichung einer im Februar 1999 erreichten Übereinkunft zwischen den Generalsekretären der KP Chinas, Jiang Zemin, und der KP Vietnams, Le Kha Phieu, die auf eine erneute Stärkung „der traditionellen Freundschaft beider Nationen“ gerichtet ist.

Die vietnamesische Jugenddelegation besuchte verschiedene Provinzen und Städte sowie historische Schauplätze des Kampfes der Arbeiterbewegung und des chinesischen Volkes.

R. F.,

(gestützt auf Fakten aus: The New Worker, London)

Neue Ausgabe von TOPOS zum Thema: „Kriegswelt“ erschienen

Die von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo herausgegebene Zeitschrift ist über **Dr. Dieter Kraft, Rosenthaler Str. 19, 10119 Berlin, Tel./Fax: 030-2820780** - den Redakteur der deutschen Ausgabe - zum Preis von 30,00 DM plus Porto (2 Hefte pro Jahr, Einzelheft 25,00 DM) zu beziehen

Am 13. Oktober starb Gus Hall

Ein großer Arbeiterführer



Gus Hall

Am 13. Oktober 2000 vollendete sich der Lebensweg eines großen amerikanischen Arbeiterführers, der in sechs Jahrzehnten einen herausragenden Beitrag zur Sache des Proletariats und

der kommunistischen Bewegung geleistet hat. Der Tod von Gus Hall riß eine schmerzliche Lücke in die Reihen seiner Partei, der KP der USA. „Neues Deutschland“ - die „sozialistische Tageszeitung“, in deren Spalten Sozialdemokraten und bürgerliche Politiker aller Art breiten Raum erhalten - berichtete über das Ableben des standhaften Marxisten-Leninisten übrigens mit einer kläglichen Vier-Zeilen-Meldung.

Gus Hall gehörte wie Elizabeth Gurley Flynn, William Z. Foster, Henry Winston, W. E. B. Du Bois und Paul Robeson zu den Großen unter den Kommunisten seines Landes. Er

stammte aus einer schwedisch-finnischen Einwandererfamilie. Seine Eltern waren Gründungsmitglieder der KP der USA. In den 30er Jahren zählte er zu den Organisatoren der amerikanischen Stahlarbeitergewerkschaft. 1937 führte er den „Kleinen Stahlstreik“ im Mittelwesten. Nach Jahren erfolgreicher Arbeit im Metallarbeiterverband wurde Gus Hall, der sich während des Zweiten Weltkrieges freiwillig zur Marine gemeldet hatte, Parteifunktionär. Das war zu einer Zeit, als die KP der USA mit etwa 80 000 Mitgliedern bedeutenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung und das öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten besaß. Doch bald trafen sie die harten Schläge des mit dem Kalten Krieg einsetzenden McCarthyismus. Es begann die Ära der antikommunistischen Hexenjagden.

Am 22. Juli 1948 wurden Gus Hall und elf andere Parteiführer nach der berüchtigten Smith Act unter der Beschuldigung angeklagt, „Teilnehmer einer Verschwörung zum gewaltsamen Sturz der USA-Regierung“ zu sein. Viele Kommunisten und andere Linke wurden eingekerkert. Gus Hall verbrachte acht Jahre im Bundesgefängnis Leavenworth. Nach seiner Haftentlassung widmete er sich

dem Kampf um die Wiederherstellung der vollen Legalität seiner in den Jahren der Verfolgung dezimierten Partei. 1959 wurde er deren Generalsekretär.

In den 60er und 70er Jahren leistete der amerikanische KP-Politiker gemeinsam mit dem Nationalen Vorsitzenden der Partei, Henry Winston, dessen Funktion er nach dem Tode des bedeutenden Afroamerikaners übernahm, einen großen Beitrag zur Verteidigung der marxistisch-leninistischen Prinzipien der kommunistischen Weltbewegung. Als 1991 rechtsopportunistische Kräfte, die sich dann zu den Committees of Correspondence zusammenschlossen, den Versuch unternahmen, die Partei auf den Weg des Revisionismus zu führen, erhielten sie von Gus Hall und anderen Genossen eine Abfuhr. 1998 übernahmen jüngere Kräfte die Führung der KP der USA. Gus Hall, der aufgrund seines hohen Alters den Anforderungen der täglichen Belastung nicht mehr gewachsen war, blieb Ehrenvorsitzender. Zu seinem Ableben sind der amerikanischen Bruderpartei zahlreiche Beileidsbekundungen zugegangen. Seine Urne ist auf dem Waldheim-Friedhof in der Nähe Chicagos beigesetzt worden, wo die legendären Märtyrer des Haymarket-Prozesses und viele namhafte Kommunisten beerdigt wurden. Am 19. November fand in New York City eine würdige Gedenkveranstaltung statt.

S. R.

Denkmalsweihe in Corbera de Ebro

No Pasarán!

Am 14. Oktober wurde in Corbera de Ebro ein Denkmal zu Ehren der Internationalen Brigaden eingeweiht. Es befindet sich am Rande der Felsen, wo sich das alte Dorf vor dem Sommer 1938 erstreckte. Dort sieht man die übriggebliebenen Ruinen aus der Ebro-Schlacht. Das Monument besteht aus fünf Eisensäulen. Sie stellen die Kontinente dar und symbolisieren die Herkunftsländer derer, die damals nach Spanien kamen, um die vom Faschismus angefallene Republik zu verteidigen. Das obere Ende der fünf Säulen schließt mit einer schrägen Spiegelfläche ab. Diese reflektiert die Sonnenstrahlen auf die gegenüberliegende Gebirgslandschaft, die Sierra de Pandols, wo so viele begraben liegen, die ihr Leben im Kampf gegen die Faschisten ließen. Die Ebro-Schlacht, die im Juni 1938 begann, steht für die republikanische Gegenoffensive, um die Zentralfront zu entlasten und die Bedrohung Valencias abzuwehren.

Viele waren gekommen, Angehörige und Freunde der Internationalen Brigaden aus dem In- und Ausland, zum Teil mit ihren Banderas von einst. Nach den kurzen Begrüßungsworten des Bürgermeister von Corbera erklärte der Künstler José Luis Terraza in wenigen Worten Sinn und Ausführung des Denkmals, seiner Arbeit. Dann sprach der Präsident der Vereinigung der Freiwilligen für die Spanische Republik, Oberst Louis Blezy, Kommissar der IV. Internationalen Brigade, über den Kampf der aus aller Welt nach Spanien Geeilten, die politischen Zusammenhän-

ge jener Zeit und insbesondere über die Schlacht am Ebro. Erschloß mit den Worten „No Pasarán!“ - „Sie werden nicht durchkommen!“ - der bis heute gültigen Parole gegen den Faschismus. Aber selbst eine solche Einweihung geht in unseren Tagen nicht ohne Differenzen vonstatten. Ein Vertreter des Staates - der Generalidad de Catalunya - gebrauchte den Begriff der „Aussöhnung“ der beiden gegnerischen Lager. Als ob es nur eine persönliche Angelegenheit wäre und sich nicht zwei Welten, zwei politische Systeme gegenüberstünden hätten: Der Faschismus mit Grundbesitz, Kapital und Kirche hinter sich und das republikanische Spanien mit allen Kräften im Bunde, die gegen Gewaltherrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung kämpften.

In den Internationalen Brigaden gab es klare Vorstellungen über das Wesen des Faschismus. Hitlerdeutschland und Mussolini Italien symbolisierten ihn. So vernahm man bei der Rede des Staatsvertreters Pfiße und Ablehnung, nicht massiv, aber doch unüberhörbar. Zumindest so laut, daß ich, des Katalanischen nicht sehr mächtig, nachfragte, warum denn gebuh und Unmut geäußert worden sei. Manche zeigten sich mit der Versöhnungsformel aber auch einverstanden. Dies sei heute richtig: „Vergeben und vergessen“, wie ich es mal an anderem Ort erfuhr, - das müßte den Umgang mit dem damaligen Kampf bestimmen. Als ob die Gegensätze von einst nicht mehr bestünden und es den Völkern (ich spreche von fünf Kontinenten!) inzwischen besser gehe!

Nach der Einweihung des Monuments begaben wir uns auf Einladung der Gemeinde Corbera de Ebro und ihres französischen Partnerdorfes in die örtliche Bodega zu Weinprobe und Tapas (Häppchen). Obwohl der Keller überfüllt war, erfeuten sich alle dieses Ausdrucks der Völkerfreundschaft! Und auch das gemeinsame Essen danach, unter freiem Himmel, bei Sonnenschein und Paella - es ging um die Ehrung der Brigadistas, die für Internationalismus standen - rief ein angenehmes und solidarisches Gefühl hervor.

Kurz nach der Denkmalsweihe in Corbera kamen zwei österreichische Kämpfer von einst, Hans Landauer und Ernst Kunschik, nach Valencia, um auf einer Veranstaltung an der Universität zu sprechen. Die Zahl der Teilnehmer war viel größer, als wir erwartet hatten. Hans sah sich mit zahlreichen Fragen von jungen Menschen konfrontiert. Es bestand sowohl Interesse an den damaligen politischen Zusammenhängen als auch an den Motiven für die persönliche Entscheidung der beiden Männer, in Spanien zu kämpfen. In der Debatte wies Landauer die „neue Deutung“ gewisser Historiker zurück, es habe sich bei den Internationalen Brigaden um eine „reine Komintern-Armee“ gehandelt. Er gewann die Herzen aller, als er einer jungen Spanierin auf ihre Frage nach der Beteiligung der Frauen am Krieg das Foto der österreichischen Ärztin und Interbrigadistin Fritz Brauner schenkte.

Die beiden Genossen aus Wien, die vor mehr als 60 Jahren für die Spanische Republik und gegen den durch Hitler und Mussolini gestützten Putsch der Franco-Faschisten kämpften, haben den Geist der Solidarität und ihre politische Identität bewahrt.

Isolda Bohler, Valencia

Zum Tode des zweiten Kosmonauten German Titow

Kommunist und Himmelsstürmer

Am 21. September 2000 starb der zweite Mensch, der in den Weltraum vorgedrungen war - Fliegerkosmonaut und Held der Sowjetunion German S. Titow. Sein Tod ist nicht nur ein großer Verlust der internationalen Raumfahrt, sondern auch ein schwerer Schlag für seine kommunistischen Genossen. Denn German Titow blieb bis zum Schluß, was er seit vier Jahrzehnten war: ein Kommunist.

German Stepanowitsch, von seinen Freunden Gera genannt, wurde am 11. September 1935 im sibirischen Altai geboren, wo er auch aufwuchs. Sein Vater war Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg der UdSSR. Der Sohn wollte ihm nacheifern. So entschied er sich, als Flieger in der Sowjetarmee zu dienen. 1953 begann er seine Ausbildung als Flugzeugführer. Er betrachtete berühmte Kampfflieger der Roten Luftstreitkräfte als seine Vorbilder. „Traditionen sind nie etwas Abstraktes, sondern organisch gewachsen; sie sind Überliefertes aus vergangenen Kämpfen“, sagte er.

1957, im Jahr des ersten Sputniks, wurde Leutnant German Titow zu einem Gardefliegerregiment kommandiert. Ein Jahr später nahm man ihn in den Kreis der Kosmonautenkandidaten auf. Er durchlief eine intensive Ausbildung. Immerhin bereitete man ihn auf



German S. Titow

ein Abenteuer vor, das noch niemand bestritten hatte. Die Kosmonauten mußten auf alles eingerichtet sein. Titow gehörte zur ersten Generation sowjetischer Himmelsstürmer und wurde mit Juri Gagarin für den ersten Kosmosflug nominiert.

Die Kommission entschied, daß er Gagarins Double sein sollte. Am 12. April 1961 startete Juri Gagarin als erster Mensch mit Wostok I in den Kosmos. Schon am 6. August folgte ihm German Titow als zweiter Kosmonaut mit Wostok II. Sein Jungfern-Langzeitflug dauerte 24 Stunden.

Titow war der erste, der die Auswirkungen der meist nach zwei Tagen überwundenen „Weltraumkrankheit“ - Übelkeit, Kopfschmerz -, die die Hälfte aller Kosmonauten ereilt, zu spüren bekam. Sein Flugprogramm sah auch eine kurze Schlafphase vor. Sie sollte bis 2.00 Uhr MEZ dauern, doch German erwachte erst um 2.35 Uhr. Dazu schrieb er: „Ich hab's verschlafen! durchfuhr es mich. So ein Ärger!“ Als man ihn später nach dem Grund fragte, scherzte er: „Weil ich einen Wecker aus dem Uhrenwerk Jerewan mithatte“. Am 7. August 1961 landete Titow mit seiner Kapsel wieder wohlbehalten auf der Erde. Der sympathische junge Mann - der jüngste Kosmonaut bis heute - wurde auf der ganzen Welt als Held gefeiert.

Er besuchte viele Länder, die er mit seinem Raumschiff überflogen hatte. So auch die Demokratische Republik Vietnam. Später war er Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft UdSSR-Vietnam. Ho Chi Minh benannte eine Insel nach dem sowjetischen Kosmonauten. Eine Weltreise führte diesen auch in die USA, wo er von vielen Menschen stürmisch begrüßt wurde. Im Jahr des Weltraumfluges bereiteten ihm die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik einen herzlichen Empfang. German Titow blieb der Raumfahrt treu. Er beschäftigte sich weiterhin mit ihren Problemen und betreute schließlich die Entwicklung des sowjetischen Raumgleiters Buran. Als Generaloberst schied er aus dem Dienst der Sowjetarmee. In seinem letzten Lebensjahrzehnt war der Kosmonaut als Duma-Abgeordneter der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und Politiker aktiv. Gemeinsam mit der zweiten sowjetischen Kosmonautin Swetlana Sawizkaja, die ihren Idealen ebenfalls treu blieb, verteidigte er die Sache Lenins.

Das Ableben German Titows, der in seiner Sauna an Herzversagen starb, reißt eine große, nicht zu schließende Lücke. In den schweren Zeiten der Konterrevolution blieb er ein aufrechter Kämpfer. Die Zahl herausragender Persönlichkeiten, die sich nicht zurückzogen oder in Opportunismus flüchteten, ist mit seinem Tod wieder kleiner geworden. German Stepanowitsch, wir werden Dich stets in unseren Herzen behalten.

Matthias Bublitz

Belgische Genossen erfolgreich bei Kommunalwahlen

Glückwunsch an die PTB

Die belgische Partei der Arbeit (PTB/PvdA) wird für die nächsten sechs Jahre fünf Abgeordnete in Kommunalparlamenten des Landes stellen: Der junge Arzt Mie Branders erreichte im Distrikt Hoboken (Provinz Antwerpen) 1 454 Stimmen (6,8 %), in Zelzate (Ostflandern) wurde der Arzt Franz van Acoleyen, bisher einziger Abgeordneter der Partei, wiedergewählt. Dazu kam hier der mittlerweile entlassene Gewerkschaftsaktivist des Stahlriesen Sidmar, Genosse Dirk Goemaere. Zusammen erreichten sie 1 082 Stimmen (12,8 %); nur 5 Stimmen fehlten zur Erringung eines dritten Mandats. In Herstal (Provinz Luik) wurden der Arzt Johan Vandepaer und die Gewerkschafterin Nadia Moscufo, Kassiererin bei Aldi, mit 1 436 Stimmen (7,2 %) gewählt.

Nadine Rosa-Rosso, Generalsekretärin der PTB/PvdA nannte das Ergebnis „einen vollen Erfolg, der unsere Erwartungen übersteigt“. Dank einer Umfrage der Partei habe man die Bedürfnisse der Arbeiter sehr

präzise bestimmen können. „So konnten wir die Menschen für eine antikapitalistische Politik gewinnen.“ Die gewählten Ärzte bezeichnete sie als „Symbol unseres Kampfes für eine unentgeltliche Gesundheitsfürsorge“. Sie alle seien in Arztpraxen der Partei tätig, die unter dem Motto „Medizin fürs Volk“ vor allem Arbeitern, die sich die teuren Zuzahlungen nicht leisten können, sowie Einwanderern ohne Papiere, die sich sonst nicht zum Arzt trauen, kostenlose Behandlungen bieten. Insgesamt gibt es 13 solcher Praxen in Belgien, oft kombiniert mit einer - ebenfalls gebührenfreien - Rechtsberatung („Anwälte fürs Volk“).

Mie Branders erklärte: „Meine Wahl verdanke ich den Antifaschisten, den Ärzten und Anwälten fürs Volk, den kämpferischen Gewerkschaftern in den Fabriken, den Arbeitslosen ... Sie haben dafür gesorgt, daß meine Wähler, die die Parteien der bürgerlichen Koalition satt haben, nicht aus Protest braun, sondern kommunistisch

wählten“.

Dennoch: Der faschistische und separatistische „Vlaams Blok“ konnte in mehreren Städten Flanderns zulegen. In der Hafen- und Industriemetropole Antwerpen errang er sogar 33 %. Auch in Gent, Mechelen und anderen nordbelgischen Städten stimmten bis zu 25 % der Wähler für die Faschisten, die unter der Parole „Ein Volk. Ein Staat. Vlaams Blok!“ die reichere und besser entwickelte Region Flandern von dem südlich gelegenen französischsprachigen Wallonien trennen wollen. Dort büßte der ohnehin schon marginale „Front National“ nochmals die Hälfte seiner Stimmen ein. In Belgien sind alle politischen Strömungen auf jeweils zwei Parteien verteilt - eine frankophone in Wallonien und eine niederländisch sprechende in Flandern. Einzige Ausnahme bilden die Kommunisten, die über eine einheitliche Partei verfügen: Sie heißt Parti du Travail de Belgique - Partij van de Arbeid van België.

Oliver Wagner, Brüssel

Wie war das mit der Volksfront in Frankreich?

Von Blum zu Petain

Im Februar 1934 spitzte sich die Situation in Frankreich dramatisch zu. Faschistische Kräfte formierten sich mit dem Ziel der „Macht-ergreifung“. Am 27. Juli wurde zwischen der FKP und der Sozialistischen Partei in Paris ein Einheitsabkommen unterzeichnet. Es sah u. a. den gemeinsamen Kampf gegen faschistische Organisationen, vereinte Aktionen zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten, das Eintreten für das Verhältniswahlrecht und gegen die dekretierten Gesetze sowie die Mobilisierung der Massen für die Befreiung aller antifaschistischen Gefangenen vor. Monate vergingen jedoch, bis der Pakt Realität wurde. Der Führung der FKP unter Maurice Thorez ging es darum, ihn auf ein möglichst breites Fundament zu stellen und außer der Arbeiterklasse auch die Mittelschichten einzubeziehen, um den Faschismus zu schlagen. Sie wurden vor allem durch eine bürgerliche Partei - die Radikal-Sozialisten - repräsentiert. Die FKP stellte ihre Polemik gegen diese ein, um die Allianz zu verbreitern. Am 9. Oktober 1934 rief Thorez auf einem Meeting zur Bildung einer „Volksfront der Arbeit, der Freiheit und des Friedens“ auf. Am selben Tag unterbreiteten die kommunistischen Vertreter im bereits bestehenden Koordinierungsausschuß den sozialistischen Delegierten den Vorschlag, ein gemeinsames Programm auszuarbeiten. Trotz Sträubens der Sozialisten wurde eine „Studienkommission“ berufen. 14 Tage später, am Vorabend des Parteitags der Radikalen, wandte sich Thorez an den dritten potentiellen Bündnispartner. Erschlug ein Aktionsprogramm vor, in dessen Mittelpunkt die Verteidigung der Verfassung stehen sollte. Im Juli/August 1935 teilte Thorez auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale mit, daß Frankreichs Sozialisten dem FKP-Vorschlag einer Volksfront am Anfang feindlich gegenüber gestanden hätten. Erst im Juni 1935 habe ihr Parteitag in Mulhouse dem Beitritt seine Zustimmung gegeben. Auch die Radikalen schlossen sich nach einigem Zaudern an. Im Mai 1936 siegte die Volksfront bei den Parlamentswahlen. 146 Abgeordnete der PS (vorher 47) und 72 Kommunisten (gegenüber 16) zogen in die Nationalversammlung ein. Die Volksfront verfügte damit über eine Mehrheit von über 100 Stimmen. In den Straßen der Arbeiterviertel von Paris und in den roten Vorstädten kam es zu Freudenkundgebungen. Am 4. Mai - einen Tag nach der Wahl - erschien eine Sonderausgabe von „Le Populaire“. Das Blatt brachte einen wichtigen Artikel Léon Blums. „Die Sozialistische Partei ist bereit“, lautete der Titel. Die PS werde die Rolle übernehmen, die ihr der Wähler zugewiesen habe: Die Volksfrontregierung zu bilden und zu leiten. Zugleich bemühte sich Blum um die Einbeziehung der Kommunisten. Thorez war dafür, aber die

Mehrheit des Politbüros lehnte ab. Die FKP beschloß, der Regierung jede Unterstützung zu geben, wenn sie das gemeinsame Programm verwirkliche, und eine loyale Haltung zu bewahren, dem Kabinett aber nicht beizutreten. Damit könne man der Sache des Volkes am besten dienen und Panikkampagnen seiner Feinde verhindern. Die FKP schlug den Sozialisten die Bildung von Volkskomitees als Organen der Front vor. Marcel Cachin schrieb in „L' Humanité“, man werde keinen falschen Avantgardismus betreiben. Die Wähler hätten sich nicht für die Revolution entschieden und Kommunisten seien keine Putschisten oder Parteigänger des „Alles oder Nichts“, garantierte auch FKP-Führer Waldeck-Rochet.

Auf dem Parteitag in Villeurbanne (Januar 1936), der den Wahlen vorausgegangen war, hatte Thorez erklärt, die Volksfront sei keine „gelegentliche Taktik“, sondern „Element einer fundamentalen Politik, die sich auf die Anwendung der Prinzipien von Marx und Lenin über Bündnispolitik stütze“. Zur gleichen Zeit wurde die Losung „Laßt die Reichen zahlen“ an die Stelle der Parole „Alle Macht der Arbeiterklasse“ gesetzt.

Der Juni 1936 stellte das Land vor eine Zerreißprobe. Es gab gewaltige Streiks der Metallarbeiter. Am 11. d. M. forderte Thorez die Kommunisten auf, den Ausstand nur als Lohnkampf zu betrachten und zu beenden, sobald die Forderungen erfüllt seien. Am 8. Juni 1936 unterzeichnete eine Abordnung des Unternehmerverbandes im Pariser Palais Matignon den ersten Kollektivvertrag mit den Gewerkschaften, was für damalige Verhältnisse ein großer Erfolg war. Doch die Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen gingen weiter. Die Regierung antwortete mit Repressalien. Der sozialistische Innenminister Salengro teilte am 7. Juli 1936 im Senat mit, die Polizei habe 2 438 Einsätze - überwiegend in der Pariser Region - durchgeführt und 1 303 Personen festgenommen. Später schrieb Thorez in seinem Buch „Sohn des Volkes“: Es sei in jener Zeit nicht gelungen, die Feindseligkeit der sozialistischen und radikalen Führer zu überwinden, die sich der Wahl von Basiskomitees der Volksfront in Fabriken und Dörfern entgegengestellt hätten. Im Januar 1948 bemerkte das Mitglied des Politbüros J. Berlioz, von den Kommunisten sei ihre eigene entscheidende Rolle in der Volksfront unterschätzt und alles der Übereinkunft mit den sozialistischen Chefs geopfert worden.

Übrigens gab es im Juni 1937 und im März 1938 Situationen, in denen die FKP eine Regierungsbeteiligung erwog. Doch Blum zeigte sich jetzt nicht mehr daran interessiert. Das von der PS geführte Kabinett kapituliert de facto vor dem Faschismus, indem es die das republikanische Spanien strangulierende Politik der „Nichteinmischung“ betrieb. Le-

diglich die französischen Kommunisten eilten den Kämpfern gegen Hitler, Mussolini und Franco zu Hilfe. 9 000 Freiwillige gingen in Spanien an die Front, 3 000 Interbrigadisten fielen.

Stark engagierte sich die FKP für eine Verschmelzung mit der PS, um die Einheit der Arbeiterbewegung in Frankreich wiederherzustellen. Am 8. November 1936 wandte sich das ZK an den Nationalrat der Sozialisten mit einem entsprechenden Vorschlag. Auf dem IX. Parteitag der FKP in Arles (Dezember 1937) schlug Jacques Duclos - der zweite Mann der Partei - eine mächtige Einheitsorganisation vor: 450 000 Kommunisten und 300 000 Sozialisten seien, brüderlich vereint, eine gewaltige Kraft. Sie besäßen 250 Abgeordnete, hätten „L' Humanité“ (430 000 Exemplare) und „Le Populaire“ (200 000 Exemplare) zu ihrer Verfügung. Der PS-Parteitag in Marseille wies das kommunistische Ansinnen zurück und forderte die FKP auf, keine derartigen Vorschläge mehr an ihre Sektionen zu richten.

Das Patronat ging zur Gegenoffensive über. Die Bourgeoisie sorgte für ein dramatisches Ansteigen der Preise. Die Volksfrontregierung wurde durch die Bank von Frankreich zur Abwertung des Franc gedrängt. In mehreren Etappen untergrub das Kapital die im Palais Matignon vereinbarten Kollektivverträge. Am 30. November 1938 richtete die Radikale Partei heftige Angriffe auf die FKP. Da sich die Sozialisten weigerten, dem Ausschluß der Kommunisten aus der Volksfront zuzustimmen, verließen die Radikalen deren Nationalkomitee. Das war das Ende einer komplizierten und widerspruchsvollen Periode. Nun folgten harte Schläge gegen die erneut zur Waffe des Streiks greifenden Arbeiter. Die 40-Stunden-Arbeitswoche wurde abgeschafft. Man warf hunderttausende Arbeiter auf die Straße, entließ sie oder sperrte sie aus. „Wir leben im kapitalistischen System. Sein Gesetz heißt Profit, sein Stimulus ist die Konkurrenz“, erklärte Finanzminister Paul Reynaud, ein Radikaler. Mit aller Härte wurde gegen die Kommunisten losgeschlagen. Auf Initiative der Sozialistischen Partei ließ die von dem Radikalen Daladier - einem der Unterzeichner des Münchener Abkommens - geleitete Regierung die FKP am 21. November 1939 unter Sonderrecht stellen. Ihre Abgeordneten brachte man vor Gericht, während sich die Deputierten von Sozialisten und Radikalen am 7. Juli 1940 dafür entschieden, dem Landesverräter und Faschistenknecht Marschall Petain alle Vollmachten zu übertragen.

Auf der Grundlage eines Materials von Juliette (Partei der Arbeit Belgiens)

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Rainer Rupp zur „Modernität“ der FKP

Hue sucht Hilfe bei Jesus

Wenn es mit den Finanzen nicht mehr klappt, dann hilft nur noch Gottvertrauen. Auf Gott, genau genommen auf Jesus, setzt nun auch die Französische Kommunistische Partei ihre letzten Hoffnungen. Denn um die FKP-Finanzen stand es seit Jahrzehnten nicht mehr so schlecht wie nach den letzten Jahren der Regierungsbeteiligung. 100 000 Mitglieder haben seit 1996 ihr Parteibuch zurückgegeben. Schatzmeister Roland Jacquet konnte nur noch ein wachsendes Loch in der Kasse verwalten.

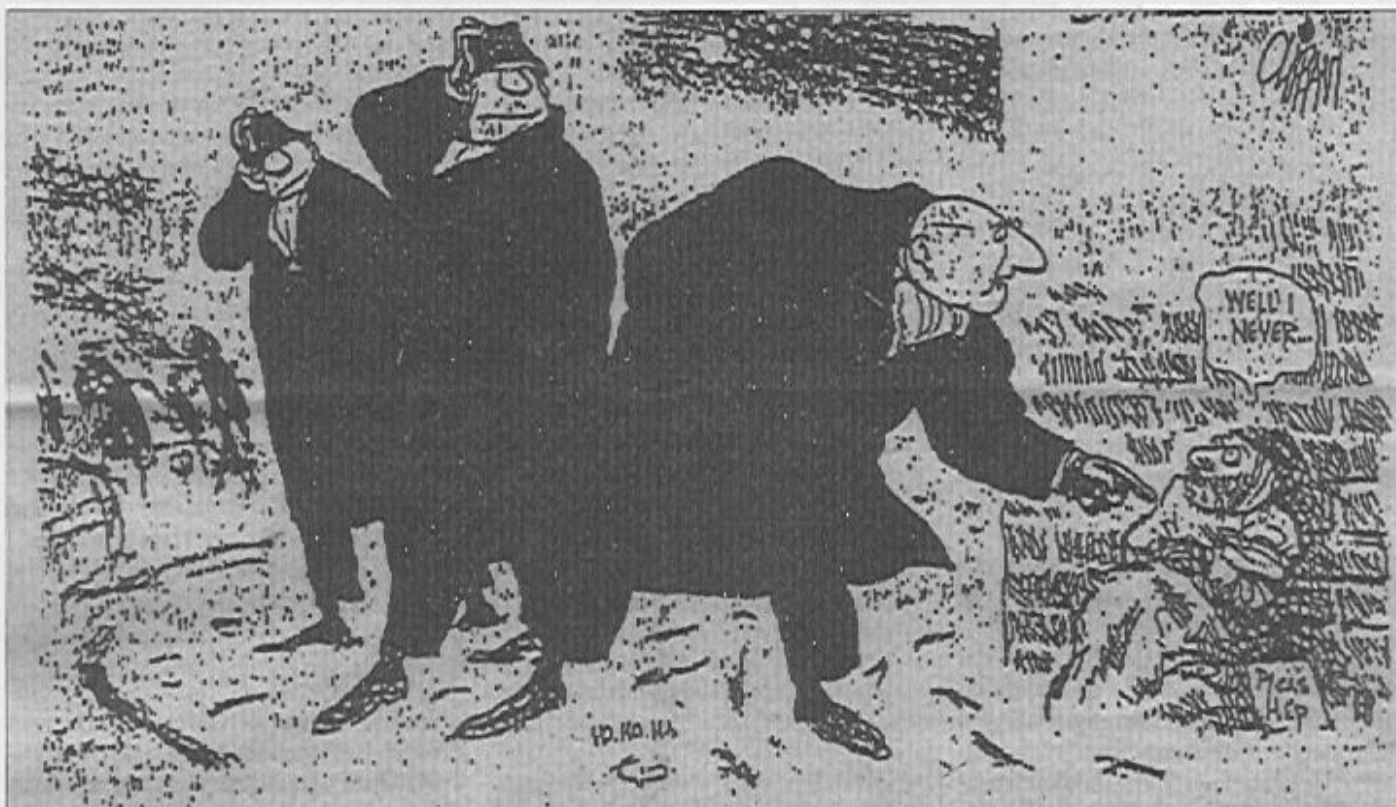
Kein Wunder, daß die Parteiführung in dieser verfahrenen Situation mit den verschrobenen atheistischen Traditionen der Partei bricht und sich hilfeschend dem Herrn Jesus zuwendet. Am 25. Oktober wurde im ultramodernen Sitz der FKP an der Place Colonel Fabien in Paris eine Ausstellung über Gottes Sohn eröffnet. Die Genossen können Jesus Christus in 30 monumentalen Werken, zumeist Gemälden, aber auch Skulpturen, betrachten. „Die Botschaft dieser Ausstellung ist so klar wie einfach: Die Liebe zum Nächsten. Der Kommunismus hat eine

Schuld zu bezahlen. Wir können die Gulags und was in Osteuropa geschah, nicht vergessen“, meinte dazu José Fort, ein bekannter FKP-Journalist, in der „Humanité“.

Die Kulturrevolution der FKP begann jedoch bereits Mitte Oktober, als im zentralen Parteisitz eine glitzernde Gala-Schau veranstaltet wurde - und zwar von dem bekannten italienischen Modehaus „Prada“, das nicht gerade für seine proletarischen Preise bekannt ist. Die FKP hat für die Show der Superlative in ihrem Hauptquartier von „Prada“ umgerechnet 100 000 DM kassiert. Supermodel Adriana Karembeu, der ehemalige Manager der Band „Sex Pistols“, Malcolm McLaren, und viele andere Stars und Sternchen waren mit von der Partie und konnten gemeinsam mit FKP-Chef Robert Hue an üppig gedeckten Tischen Kaviar naschen und dazu mit teurem Champagner anstoßen. „Jeder, der glaubt, daß sich der Kommunismus auf altmodisch reimt, liegt falsch“, sagte Hue gegenüber der anwesenden Presse, denn „der Kommunismus steht für Modernität“. Wahrschein-

lich aber wollte er „für die Moderne“ sagen. Offensichtlich ist die FKP fest entschlossen, eine ganz moderne sozialistische Partei der bürgerlichen Mitte zu werden, ein mächtiger Trend, der auch jüngst im deutschen Cottbus deutlich sichtbar wurde. Allerdings sind die Franzosen ihren deutschen Genossen bei der Sammlung von Erfahrungen in einer Regierungskoalition der „linken Mitte“ - sprich Krötenschlucken - weit voraus. Als Beweis für die Ankunft der FKP in der westlichen Wertegemeinschaft und ihre Zuverlässigkeit hat die Hue-Mannschaft, die gemeinsam mit den Sozialisten die Pariser Regierung stellt, alle altmodischen Ideen vom proletarischen Internationalismus über Bord geworfen. Gemeinsam mit der NATO hat sie die jugoslawischen Genossen bombardiert, ihre Fabriken und Arbeitsplätze zerstört, ihre Frauen und Kinder emordet. Diese Todsünde kann nur noch Jesus vergeben, bei dem die FKP nun ihr „kommunistisches“ Seelenheil sucht.

(Leicht veränderte Fassung eines Artikels für die „junge Welt“)



'TIS THE SEASON TO BE JOLLY, MY GOOD MAN! WE WON DID YOU KNOW THAT? CAPITALISM IS TRIUMPHANT, COMMUNISM LIES IN RUINS, OUR SYSTEM PREVAILS! WE WON! SMILE!

„Das ist die Zeit, fröhlich zu sein, guter Mann! Wir haben gewonnen! Wußtest Du das? Der Kapitalismus triumphiert! Der Kommunismus liegt in Trümmern. Unser System obsiegt! Wir haben gewonnen! Lächle!

AM RANDE BEMERKT

□ „Die PDS-Fraktion hat zehn Thesen veröffentlicht. Mir spricht vieles davon aus dem Herzen, aber vieles vermisste ich darin. Ich vermisste die Feststellung, daß alle Probleme des Kapitalismus ungelöst sind, daß die heutige Gesellschaft reformunfähig ist und daß der Untergang der DDR und des sozialistischen Lagers eine **historische Niederlage** in der Entwicklung der Menschheit war.

Und ich vermisste die Aufzeigung des Auswegs. Ohne Ausweg bleibt nur die Katastrophe. Das Ziel ist zu benennen, ohne Wenn und Aber. Es heißt Sozialismus.“

Dr. Friedrich Wolff im ND v. 6. 10. 2000

□ Vor 100 Jahren, am 16. 11. 1900, wurde in Gundurowskaja bei Rostow der russische Dramatiker **Nikolai Pogodin** geboren. Nach journalistischer Arbeit begann er 1929 Stücke zu schreiben. Als einer der ersten gestaltete er im Drama das Thema der sozialistischen Arbeit. Pogodins bleibende Leistung ist die dramatische Gestaltung der auf den Bauplätzen, in Fabriken und Kolchosen während des 1. Fünfjahresplans sich vollziehenden Prozesse. Mit einer überzeugenden Gestaltung Lenins vor dem Hintergrund der Entwicklung von 1917/23 in der Trilogie „Der Mann mit dem Gewehr“ (1937; auf deutsch zusammen mit „Schlußakkord“ in „Stücke um Lenin“, Henschelverlag, Berlin 1970), „Das Glockenspiel des Kreml“ (1940; auf deutsch u. a. in der Anthologie „Fünf Dramen sowjetischer Dichter“, SWA-Verlag, Berlin 1947) und „Schlußakkord“ (1958), für die er mit dem Leninpreis ausgezeichnet wurde, krönte Pogodin sein Lebenswerk.

Verfilmt wurden „Der Mann mit dem Gewehr“ (1938 von Sergej Jutkewitsch) und „Das Glockenspiel des Kreml“ (1970 von Viktor Georgijew). Pogodin schrieb außerdem das Drehbuch zu der Filmkomödie „Kubankosaken“ (Regie: I. Pyrjew, 1949).

□ Am 19. November gedenken wir des hundertsten Geburtstags der bedeutendsten deutschsprachigen kommunistischen Schriftstellerin des vergangenen Jahrhunderts: **Anna Seghers**. Zur Erinnerung kurz die wichtigsten Stationen ihres Lebensweges: geboren als Netty Reiling am 19. 11. 1900 in Mainz; 1919 Studium von Geschichte/ Kunstgeschichte; 1924 Dissertation; 1925 Ehe mit dem Schriftsteller László Radványi; 1928 Beitritt zu KPD und Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller; erstes Buch „Aufstand der Fischer von St. Barbara“; Kleistpreis; 1930 beim Internationalen Schriftstellerkongreß in Charkow (UdSSR); Febr. 1933 Verhaf-

tung, Flucht nach Frankreich; antifaschistische Tätigkeit, u. a. Mitarbeit an den „Neuen Deutschen Blättern“ (Prag); 1933 bis 1937 zahlreiche Veröffentlichungen; 1939 „Das siebte Kreuz“; Mai 1940 Flucht nach Südfrankreich und 1941 in die USA, dort Internierung; Weiterreise nach Mexiko; 1943 „Transit“, Zeitschrift „Freies Deutschland“ (Mexiko); 1944 Verfilmung von „Das siebte Kreuz“



Zeichnung: Herbert Sandberg

in den USA durch Fred Zinnemann; „Ausflug der toten Mädchen“; 1947 Rückkehr nach Deutschland; 1949 „Die Toten bleiben jung“; rege kulturpolitische Tätigkeit: u. a. im Präsidium des Weltfriedensrats; 1951 Lenin-Friedenspreis; 1952–1978 Präsidentin des DDR-Schriftstellerverbands, Reisen nach China, Brasilien, Westeuropa; 1959 „Die Entscheidung“, 1968 „Das Vertrauen“, 1971 „Die Überfahrt“; gestorben am 1. Juni 1983 in Berlin.

„Man fragt mich oft, warum ich nach dem Krieg in diesen Teil Deutschlands fuhr, der damals die Sowjetzone war, und nicht in meine Heimat an den Rhein. Darauf antworte ich: Weil ich hier die Resonanz haben kann, die sich ein Schriftsteller wünscht. Weil hier ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem geschriebenen Wort und dem Leben. Weil ich hier ausdrücken kann, wozu ich gelebt habe.“

Anna Seghers

Frank Benseler schrieb am 27. November 1980 in der „Deutschen Volkszeitung“ zu Anna Seghers' 80. Geburtstag: „Wir haben eine Sicherheit: Was die Seghers geschrieben hat, das steht nicht nur auf dem Papier, dafür wird eingetreten, das ist in Herzen und Köpfe sehr vieler Menschen dieser

Welt eingedrungen, darum wird gekämpft werden. Heiß gelebtes Leben, erzählt mit der Farbigkeit von Märchen, verdichtet zum Explosivstoff einer Hoffnung aus Erinnerung: daß eine freie Gesellschaft, daß Solidarität in Frieden möglich ist, das hat Anna Seghers geschafft. Wir können ihr danken, indem wir sie lesen und an unserer Stelle den Weg jener Gestalten fortsetzen, die sie beschrieben hat.“

DEFA und DDR-Fernsehen haben zahlreiche Romane bzw. Erzählungen von Anna Seghers verfilmt, so „Die Toten bleiben jung“ (J. Kunert, 1968); „Das Duell“ (J. Kunert, 1970); „Die große Reise der Agathe Schweigert“ (J. Kunert, 1972); „Das Schilfrohr“ (J. Kunert, 1974); „Das Licht auf dem Galgen“ (H. Nitzschke, 1975); „Jozia – die Tochter der Delegierten“ (W. Fiwek, 1976); „Das Obdach“ (U. Schmenger, 1980); „Der Mann und sein Name“ (V. Loebner, 1983); „Überfahrt“ (F. Bornemann, 1984); „Das wirkliche Blau“ (Chr. Mühl, 1986) und „Aufstand der Fischer von St. Barbara“ (Th. Langhoff, 1988)

Für jeden, der mehr wissen will: Ein ausführliches, über 100 Seiten umfassendes Verzeichnis der Veröffentlichungen von und über Anna Seghers enthält der Band „Über Anna Seghers. Ein Almanach zum 75. Geburtstag“, Aufbau-Verlag, Berlin u. Weimar 1975. Freunde und Interessenten können ihre Wohnung (und Bibliothek) besuchen und Mitglied der Anna-Seghers-Gesellschaft werden. Beide: A.-Seghers-Str. 81, 12489 Berlin, Tel. 0 30/6 77 47 25

□ Über **Friedrich Engels** (28. 11. 1820 bis 5. 8. 1895) schrieb Eleanor Marx-Aveling: „Was Engels seither [seit dem Tod von Karl Marx] geleistet, weiß jedermann. Den größten Teil seiner Zeit widmete er der Herausgabe der Werke meines Vaters, der Korrektur neuer Auflagen und der Durchsicht der Übersetzungen des ‚Kapitals‘. Sowohl diese Arbeit als auch seine Originalwerke bedürfen keiner Worte von mir; nur jenen, die Engels kennen, ist es möglich, die Menge von Arbeit, die er täglich leistet, zu würdigen. – Alle kommen zu ihm, um sich helfen und raten zu lassen. Bei jeder der vielen Schwierigkeiten, denen wir, die im Weinberge unseres Herrn, des Volkes, arbeiten, begegnen – gehen wir zu Engels. Und wir wenden uns nie vergebens an ihn. Die Arbeit, welche von diesem einen Manne in den letzten Jahren verrichtet wurde, wäre für ein Dutzend gewöhnlicher Menschen zuviel gewesen. Und noch arbeitet Engels, denn er weiß, so wie wir alle wissen, daß er, und nur er allein, der Welt den Nachlaß von Marx geben kann.“

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Liebe Genossen Klaus Steiniger („RotFuchs“) und Frank Flegel („offensiv“), herzliche Grüße vom Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“. Vielen Dank für die Imperialismusveranstaltung am 28./29. Oktober in Berlin. Es war eine hochinteressante Konferenz mit vielen wichtigen Referaten, Diskussionsmeinungen und Gelegenheiten, Kommunisten aus verschiedenen Ländern, ja sogar Kontinenten zu treffen. So etwas braucht viel Arbeit, Mühe und auch Kosten. Aber setzt diese Tradition bitte weiter fort. Nochmals meinen Glückwunsch.

Dr. Zbigniew Wiktor, Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“, Wrocław

Gestern bekam ich den neuen „RotFuchs“, den ich mit Ungeduld erwartete. Der Parteitag der PDS, die Berichterstattung darüber im ND und die gewählte Führungsmannschaft warfen für mich Fragen ohne Antworten auf. Mit großem Argwohn verfolge ich den Schmusekurs gegenüber der SPD. Auch die Reden zum 10. Jahrestag der „Einheit“ beunruhigen mich. Ich sehe zwischen der PDS-Arbeit an der Basis und dem Verhalten an der Parteispitze ein Mißverhältnis. In meiner Umgebung gibt es kaum jemanden, mit dem man reden kann. Wie definieren die Genossen der Parteispitze z. B. „Mitte-Links“? SPD und CDU wollen doch beide als Partei der „Mitte“ gelten. Alles in einen Topf?

Ich möchte den Genossen der Redaktion erneut sagen, daß der „RotFuchs“ für uns ganz wichtig ist. Er schärft unseren Blick und verschafft uns zu vielen Dingen Durchblick. Dafür meinen Dank.

Anbei mal wieder 20 Briefmarken, sie werden ja gebraucht.

Brigitte Marx, Zörbig

Mit Interesse las ich den Bericht aus dem Leben der DKP-Gruppe Berlin Nordost „Revisionismus ist Hauptgefahr“ (September „RotFuchs“). Es ist zu begrüßen, daß dem Thema Revisionismus eine derartige Bedeutung beigemessen wird, denn es ist unter Linken, z.T. auch bei Kommunisten (trotz hervorragender Initiativen im einzelnen) im vergangenen Jahrzehnt „unterbelichtet“ geblieben. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Disput zu sprechen kommen, der Anfang September beim jährlich in Strausberg von der PDS organisierten Friedensfest am gemeinsamen Stand von KPD und DKP geführt wurde. Ein Besucher behauptete dort im Gespräch, schon Lenin habe vor dem linken Radikalismus gewarnt, weil er in ihm die Hauptgefahr für den Sozialismus gesehen hätte. Deshalb habe Lenin auch seine Broschüre „Der linke Radikalismus - die Kinderkrankheit im Kommunismus“ geschrieben. Wir erklärten ihm, daß das so nicht ganz richtig sei, denn Lenin hatte sich mit dem „linken Radikalismus“ natürlich kritisch auseinandergesetzt, den Hauptfeind des Kommunismus aber im rechten

Opportunismus und im mit ihm „verschwägerten“ Revisionismus gesehen. Zwischen Lenins sehr „heilendem“ Einfluß auf die „Kinderkrankheit“ und der Charakterisierung des rechten Opportunismus als Hauptfeind besteht wohl doch ein wesentlicher Unterschied. Unser Gesprächspartner meinte am Ende des kleinen Disputs, daß er Lenins Schrift noch einmal lesen wolle. Ich habe das zum wiederholten Male ebenfalls getan. Einige Stellen, die mir besonders wichtig erscheinen, möchte ich hier zitieren. Lenin schreibt u. a.: „Im Kampf mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung hat sich der Bolschewismus entwickelt, gekräftigt und gestählt? Erstens und hauptsächlich im Kampf gegen den Opportunismus, der sich 1914 endgültig zum Sozialchauvinismus auswuchs, der endgültig auf die Seite der Bourgeoisie übergang und sich gegen das Proletariat wandte. Das war natürlich der Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung. Dieser Feind bleibt auch der Hauptfeind im internationalen Maßstab“. Und weiter: „Der linke Doktrinarismus ist ebenfalls ein Fehler, nicht nur der rechte Doktrinarismus. Natürlich ist der Fehler des linken Doktrinarismus im Kommunismus gegenwärtig tausendmal weniger folgeschwer als der Fehler des rechten Doktrinarismus“. Die Geschichte hat Lenin leider recht gegeben. Indem seine Erkenntnisse und Warnungen mißachtet und vor allem die politische und ideologische Auseinandersetzung mit dem rechten Opportunismus und dem Revisionismus nicht konsequent geführt wurden, konnten diese ihr unheilvolles Werk zum (wenn auch zeitweiligen) Erfolg führen. (...) Eine Lehre der Geschichte ist kaum zu übersehen: Auch in Ländern, in denen die Macht des Kapitalismus schon beseitigt ist und der Sozialismus bereits gestaltet wird, führen rechter Opportunismus und Revisionismus (wenn sie beginnen, Ideologie, Theorie und Politik zu dominieren) unweigerlich zur Konterrevolution.

Anton Kaute, Strausberg

Wieder einmal möchte ich mich - auch im Namen meiner Frau - für die regelmäßige Zustellung des „RotFuchs“ bedanken. Nachdem wir beide die Zeitung studiert haben, beginnt schon in der Familie die Problemdiskussion zu den verschiedenen Beiträgen. Auch in meinem PDS-Parteikollektiv ergeben sich auf der Grundlage der Zeitung immer interessante Diskussionen. Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß der „RotFuchs“ für mich und andere eine echte Quelle für die Wissenserweiterung und für die Standpunktbildung ist. Macht weiter so. Anbei ein kleiner Obolus.

Henry Schönherr, Torgau

Eigentlich wollte ich mich schon längst einmal bei Euch, aber auch bei den Lesern, die mit ihren Anregungen und ihrer Parteilichkeit zum Erfolg des Blattes beitragen, bedanken. Mit dem „RotFuchs“ leistet die Gruppe Berlin Nordost eine wissenschaftlich-propagandistische Pionierarbeit für eine Renaissance des Marxismus-Leninismus. (...) Gerade weil die Autoren um Offenheit, Parteilichkeit und analytische Sachlichkeit ringen, erfährt die Zeitung ihre Lebendigkeit und jenen Zuspruch bei den Lesern, der gewissen offenbar in

Apparatschikdenken befangenen Selbstherrlichkeiten mißfällt. (...)

Meines Erachtens schließen besonders die Initiativgedanken Bernhard Majorows und die darauf fußenden Überlegungen von Dieter Itzerott ideologische Klarheit, Analyse und Organisationsprinzip ein. Wir sind auf dem besten Wege zu Lenin und sollten uns um nichts auf der Welt davon abbringen lassen. Nein, lieber Genosse Mausebär aus Leipzig! Niemals kann der Leninismus den Marxismus erdrücken. Erstens, weil eine organische Einheit sich nicht selber negiert und beispielsweise Leber, Herz, Lunge, Ohr, Auge, Mund, Hand ... und Hirn einander brauchen. Und zweitens, weil der Marxismus unter den Bedingungen der weltweiten Herrschaft des Imperialismus seine Lebendigkeit nur in der Anwendung des Leninismus finden kann. (...) Aber natürlich hat jeder seine persönlichen Grenzen und Zwänge, besonders, wenn die Existenz einer Familie verbunden mit dem Los von chronischen Erkrankungen dran hängen. Deshalb kämpfe ich, der Idee zutiefst verbunden, weiterhin mit meinem bescheidenen Maß des Einzelkämpfers - hoffentlich nicht als Don Quichotte - vorerst weiter, wenn ich's auch gerne anders hätte. Jeder auf seinem Posten mit Lenins Tat. Ich grüße herzlichst meinen „RotFuchs“.

Ernst Rasmus, Berlin

Dank für das gescheite Tier. Es wird jeden Monat mit gleicher Spannung erwartet, enttäuscht nie und gibt immer wieder konstruktiven Stoff. Anbei die Futterration für das vierte Quartal.

Ingeborg Böttcher, Altlandsberg

In der Oktoberausgabe des RF läßt uns Dr. Erhard Thomas in seinem Beitrag „Raffinierte Zampanos in Nadelstreifen“ wissen, daß sich neuerdings zunehmend Patienten aus der West-BRD an Ärzte im Osten in der Erwartung wenden, dort nicht nur als „medizinischer Fall“, sondern als heilungsbedürftiger Mensch gesehen zu werden. Daß genau diese Erwartung berechtigt ist, möchte ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Nach einer akuten Erkrankung während eines Winteraufenthalts 1999 in Oberwiesenthal ergab sich die Notwendigkeit einer baldigen Operation. Dazu wollte mich der Facharzt in Annaberg an meinen Wohnort im Ruhrgebiet überweisen. Ich entschied mich aber, den Eingriff in der inzwischen privatisierten Bergmannsklinik in Aue vornehmen zu lassen. Warum? Ich hatte ja zuvor verschiedene Arztpraxen aufsuchen müssen. Dort waren Ärzte und Schwestern tätig, die sich aus langjähriger Zusammenarbeit in den Polikliniken kannten. Schon bei den ersten Kontakten empfand man eine menschlich warme, kameradschaftliche Atmosphäre nach dem Motto: „Na, Kollege, wo fehlt's denn?“ Wohlgerichtet, ich habe keinerlei Grund, mich über meine medizinische Betreuung zu Hause zu beschweren, aber der Umgangston ist einfach ein anderer. Und das hängt damit zusammen, meine ich, daß die in der DDR im Gesundheitswesen tätig Gewesenen keine andere Aufgabe hatten, als sich um die Patienten zu kümmern, statt sich Gedanken darüber zu machen, wie sie mit der Praxis Geld verdienen können. Jedenfalls bestätigte auch der Aufenthalt in der Klinik in Aue die positiven Erfahrungen, die ich zuvor in

den Arztpraxen gemacht hatte. So kann ich Patienten aus dem Westen gut verstehen, die sich in der Erwartung intensiverer menschlicher Zuwendung im Osten behandeln lassen möchten.

Rolf Vellay, Datteln

Es ist ein Paradoxon, daß Karl-Eduard von Schnitzler Roosevelts langjährigen Schatzminister Morgenthau im September-„RotFuchs“ nicht nur mit dem größten Luder der deutschen Politik auf eine Stufe stellt, sondern dem Manne auch gleich noch das Etikett „Deutschlandhasser“ umhängt. Weiß er denn nicht, daß dieses Zerrbild auf Goebbels zurückgeht? In einer Rede am 4. Oktober 1944 vor Fabrikarbeitern in der Nähe des Westwalls geiferte Hitlers Chefhänger: „Haß und Rache von wahrlich alttestamentarischem Charakter sprechen aus diesen Plänen, die von dem amerikanischen Juden Morgenthau ausgeheckt wurden. Das industrialisierte Deutschland soll buchstäblich in einen riesigen Kartoffelacker verwandelt werden.“ Seither gilt Henry Morgenthau jr. in Deutschland - und nur dort - als Unperson. (...) Und nun muß man diese wahrheitswidrige Behauptung auch noch in einem aufklärerischen Blatt wie „RotFuchs“ lesen! Findet diese Unsäglichkeit denn nie ein Ende? Morgenthau war kein Deutschlandhasser - er haßte den deutschen Faschismus. Im Gegensatz zu anderen Repräsentanten des US-Kapitals war er ein Verfechter der Anti-Hitler-Koalition. Morgenthau hatte erkannt, daß die alten deutschen Eliten die wirklichen Träger und Nutznießer des faschistischen Terrorregimes und des Krieges waren. Deshalb formulierte er 1944, gegen beträchtliche Widerstände selbst in der eigenen Regierung, eine Denkschrift mit dem bezeichnenden Titel „Plan, um zu verhindern, daß Deutschland einen 3. Weltkrieg beginnt“. Roosevelt stimmte dem Plan nach vielem Weh und Ach schließlich zu. (...) Er zielte auf die Realisierung der vier großen „D“: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung Nachkriegsdeutschlands. (...) Nach Roosevelts Tod setzte sich in der U. S.-Politik ein Paradigmenwechsel durch: Ausstieg aus der Anti-Hitler-Koalition, hin zur Konfrontation mit der Sowjetunion. (...) Nach der Potsdamer Konferenz nötigte der neue Präsident Truman, der für diese schändliche Politik stand, Morgenthau zum Rücktritt. Der Regierungsapparat in Washington und die U. S.-Militäradministration im besetzten Deutschland wurden systematisch von Anhängern der Morgenthau-Linie gesäubert.

Heinz Moll, Prag

Der 33. „RotFuchs“ ist bereits „am Mann“. Sehr interessant und wichtig für unsere Arbeit sind die Beiträge zur Lage in der internationalen Arbeiterbewegung.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Ich halte das Anliegen des Artikels von Dieter Itzerott „Die Sache muß reifen“ (Oktober-„RotFuchs“ S. 3) für sehr wichtig, wichtiger als vieles, was in jüngster Zeit in der kommunistischen Presse veröffentlicht wurde. Er schreibt: „... es reifen Bedingungen heran, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller kommunistischen Kräfte dieses Landes in einer einheitlichen KP auf die Tagesordnung

setzen“. Es wäre begrüßenswert, wenn dieser Komplex mal bei einer „RotFuchs“-Leserkonferenz (nach meiner Ansicht sollte sie bald stattfinden) als ein zentrales Anliegen aller Kommunisten zur Diskussion gestellt wird. Von vielen Seiten müßten konkrete Vorschläge zur Verwirklichung dieses Anliegens vorgebracht und konstruktiv diskutiert werden. Die Leser sollten sich stärker auf diese Thematik konzentrieren, um unsere Tribüne - den „Fuchs“ - für ihre Gedanken zu nutzen. Es ist richtig, daß die angestrebte einheitliche KP nur als Partei der Arbeiterklasse vorstellbar ist. Dazu muß eine klare Definition formuliert werden. Wahrscheinlich ist es heute nicht mehr richtig, zu behaupten, daß zur Arbeiterklasse nur diejenigen gehören, die in ausschließlich physischer Arbeit materielle Werte schaffen. (...) Schon vor einem halben Jahrhundert haben wir als junge Diplomingenieure und Mitarbeiter in einem volkseigenen Betrieb nicht begreifen können, warum wir, Kinder von Arbeitern, die nach einem vom Volk bezahlten Studium in der Konstruktion Maschinen entworfen haben, nicht zur Arbeiterklasse gehören, die Technische Zeichnerin aber eine Arbeiterin war. (...) Hier muß der „RotFuchs“, der ja dankenswerterweise darum bemüht ist, theoretische Klarheit zu schaffen, zur Präzisierung des Klassenbegriffs beitragen.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Über eine Beilage zum „Gießener Echo“, die die Berliner Imperialismus-Konferenz betraf, habe ich erstmals auch von der Zeitung „RotFuchs“ erfahren und mir einiges im Internet angesehen. Sie verbindet das, was ich an der DKP schon immer schätzte - den konsequenten Klassenstandpunkt - mit dem, was ich sonst bei Euch vermisse: der Fähigkeit zur distanzierten, kritischen Selbstbetrachtung. Gerne würde ich die Zeitung ab sofort abonnieren und auch einige Exemplare älterer Ausgaben zugesandt bekommen. Schickt mir dann doch bitte eine Rechnung.

Ivan Prade, Hamburg

Von einem Berliner Genossen habe ich die letzten Ausgaben der von Euch herausgegebenen Zeitung „RotFuchs“ erhalten. Obwohl ich den Vorwurf von Heinz Stehr teile, daß die Politik der Partei durch Euch nicht authentisch wiedergegeben wird, daß Ihr oft einen Popanz schafft, auf den Ihr dann kräftig eindrescht, daß Eure Artikel und Stellungnahmen oft vor Selbstgerechtigkeit strotzen, wobei mich das Hochhalten akademischer und sonstiger Titel eher abstößt, möchte ich Eure Zeitung abonnieren. Insgesamt halte ich sie für interessant. Anbei ein Verrechnungsscheck über 50 Mark.

Cornelius Kaal, Lüneburg

Durch Freunde habe ich die „RotFuchs“-Ausgaben von Mai und Juni in die Hände bekommen. Ich habe meine Begeisterung an die Genossen meiner Wohngruppe der DKP weitergegeben. Wir möchten gerne drei Exemplare je Monat für unsere Gruppe haben. Fürs erste lege ich ein paar Briefmarken bei. Wenn alles klappt, sind wir selbstverständlich bereit, die Unkosten zu tragen und die Zeitung zu unterstützen.

Elsa Schmidt, Hamburg

Ich bedanke mich für Eure regelmäßigen

„Büchersendungen“, deren Inhalte mich in der Regel in meinen persönlichen Ansichten und Überlegungen bestätigen. Ich wünsche Euch weiterhin alles Gute und Erfolg in der Arbeit, die schließlich auch dazu beitragen wird, daß spätere Generationen ihren Weg in eine lebenswerte Gesellschaft der Menschlichkeit finden werden. Hierzu meinen Beitrag.

Gerhard Schröter, Strausberg

Herzlichen Dank für die Ausgaben 31 und 32 des „RotFuchs“ und solidarische Grüße aus Rostock. Ich habe die Artikel beider Ausgaben gründlich gelesen und muß sagen, diese Stimme darf nicht verschwinden. Die Zeitung darf nicht untergehen, weil sie aktiv für die Erhaltung marxistisch-leninistischer Positionen wirbt. Darin unterscheidet sie sich prinzipiell von der „sozialistischen Tageszeitung“ ND, die immer wieder ihre Spalten politischen Trautänzern zur Verfügung stellt. Nichts ist einfacher, als im Nachhinein der Geschichte Lehren zu erteilen und sie von den jeweils gegebenen konkreten Bedingungen zu lösen. Damit sollen gesellschaftliche Leistungen verfälscht und mit Schmutz beworfen werden. Natürlich weiß ich, daß in der DDR manches Erreichbare nicht erreicht worden ist. Die Ursachen dafür können jedoch nicht von einer blinden und einseitig antikommunistischen Position bestimmt werden. Blindheit ist schlimm. In der Politik ist es jedoch noch schlimmer, nicht sehen zu wollen. Die zu den historischen Leistungen von SED und DDR im „RotFuchs“ erschienenen Artikel entsprechen meinen Auffassungen und stärken sie. Dafür schönen Dank und eine finanzielle Unterstützung.

Werner Beetz, Rostock

Wie immer habt Ihr mit der Septemberausgabe den Punkt getroffen: „Der Pyrrhussieg“ und alle anderen Beiträge bedürfen kaum einer Ergänzung. Vielen Dank, Ihr bewahrt uns vor geistiger Obdachlosigkeit.

Rosa Luxemburg meinte, verloren sei der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe seiner Niederlage nicht ermessen und aus ihr nicht zu lernen vermöge. Diese Lehren sind allerdings bitter. Aus den schönsten Visionen der Menschheit wuchs die DDR. Statt ihre Fehler in den Vordergrund zu rücken, sollte man lieber über den Imperialismus und seine menschenverachtende Politik sprechen. Aber das Schlimmste war für mich der Verrat Gorbatschows. Er öffnete dem Klassengegner das eigene Lager, demoralisierte die internationale kommunistische Bewegung und räumte den USA die Möglichkeit ein, sich die Hegemonie in den Weltbeziehungen zu sichern. Und hierzulande? Gysi brüstet sich damit, die alten Strukturen der SED zerschlagen zu haben. (...) Aber wir werden nicht aufgeben, sondern gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen. Denn die Tiefe unserer Niederlage haben wir bestimmt alle erkannt und daraus die notwendigen Lehren gezogen. Ich sende Euch 60 DM zur Unterstützung.

Ruth Kolb, Berlin

Auch hier in Oberhof, wo ich mich z. Z. aufhalte, findet der „RotFuchs“ Anerkennung bei den Genossen der Kommunistischen Plattform in der PDS. Selbst wenn es für Euch

wieder mehr Arbeit bedeuten würde, hoffe ich, daß sich einige entschließen, ihn zu stellen.

In Düsseldorf bemerken wir an unseren Info-Ständen zur Rentenpolitik und anderen Themen sehr große Aufmerksamkeit für die Politik der DKP ... Unsere Regierenden haben zum 3. Oktober sehr deutlich gesagt, was sie mit den neuen Ländern vorhaben. Kaum Industrie, ein bißchen Mittelstand, das war's dann. (...) Wir müssen den Lügen über die frühere DDR noch energischer entgegentreten. Laßt Euch nicht davon abbringen, den „RotFuchs“ als Zeitung der Berliner DKP-Gruppe Nordost weiter herauszugeben. Wir brauchen ihn und zwar in steigender Auflage. Anbei einige Briefmarken.

Manfred Bohle, Düsseldorf

Herzlichen Dank für die „RotFüchse“ auf CD-ROM. Sind schon archiviert und werden systematisch ausgewertet. Anbei ein Äquivalent für den Aufwand.

Klaus Möhle, Paplitz

Wie wir durch verschiedene DKP-Genossen - vor allem aus der Niederlausitz - erfahren haben, bringt Ihr die Zeitung „RotFuchs“ heraus. Einige Genossen sind der Meinung, sie sei interessanter als die UZ. Ich lade Euch hiermit ein, an unserer Zeitung „ARENA“, die von einem Marxistischen Zirkel herausgegeben wird, mitzuarbeiten. (...) Wir gehören zu den Teilnehmern am Offenen Kommunistischen Forum.

Harri Santrau, Hamburg

Nach wie vor warten die Mitglieder unserer DKP-Gruppe Leipzig auf das monatliche Erscheinen des „RotFuchs“. Wir beziehen die grundsätzlichen Artikel stets in unsere Diskussionen ein. Daß Ihr dem RF die Protestkarte der GRH gegen das Rentenstrafrecht beigelegt habt, begrüßen wir besonders, weil das zeigt, daß der „RotFuchs“ nicht nur Theorie verbreitet, sondern auch in der Praxis etwas unternimmt. Anbei ein Obolus.

Kurt Krah, Leipzig

Ich lese mehrere Zeitungen, darunter auch den „RotFuchs“. Die Streichung des Namens „Peter Edel“ am Kulturhaus in Berlin-Weißensee hat mich sehr empört. Ich habe seine Bilder in Sachsenhausen selbst gesehen. Themen des antifaschistischen Widerstandes im Zweiten Weltkrieg und der DDR-Geschichte beschäftigen mich sehr. Am eindrucksvollsten finde ich die Losung des Bundes der Antifaschisten: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

Birgit Schumann, Berlin

Es ist fast unglaublich, daß ein so großer Teil der Serben, die dem NATO-Bombardement tapfer widerstanden, auf das durchsichtige Manöver der USA-Strategen hereinfallen konnte. (...) Da Milosevics bisherige Gegenspieler wie Zoran Djindjic und andere NATO-Agenten nicht wählbar waren, kamen die Amerikaner auf die Idee, einen „Gegner“ des NATO-Krieges antreten zu lassen. Und schon ging die Rechnung auf! Ob Kostunica wirklich so viel Stimmen bekommen hat, wie er behauptet, wird sich wohl nicht mehr feststellen lassen. Aber offensichtlich waren es genug, um Irritationen aufkommen zu lassen. (...) Auf jeden Fall ist das Wählerverhalten bestürzend. Milosevic und seine Anhänger konnten doch bisher davon ausgehen, daß jemand, den die NATO hofiert, einfach nicht gewählt wird. Nun inthronisierten die Amerikaner einen angeblichen NATO-Kritiker - ein Manöver, auf das viele hereinfielen. Hinzu kam allerdings, daß die USA, die EU und die BRD Millionen in den Wahlkampf der DOS gesteckt haben und die Dinge notfalls bis zur militärischen Intervention getrieben hätten.

Hubert Bachhofen, Weilburg

Herzlichen Dank für die regelmäßige Zusage des „RotFuchs“. Immer wieder regt er zum Nachdenken an, fordert Widerspruch heraus und informiert über Ereignisse, zu denen man sonst nirgends etwas lesen kann. Anliegend der Dank in Form einiger Briefmarken.

Joachim Hauck, Berlin

Im Innenhof des Bundestagshauses gibt es ein Projekt, das aus einer Anzahl steinerner Kästen besteht, die die Inschrift „Der Bevölkerung“ tragen. Abgeordnete haben aus ihren Wahlkreisen Erde mitgebracht und diese in die Kästen geschüttet. Der Sinn (oder Unsinn) dieses „Kunstwerks“ ist mir allerdings unklar. Die Worte „Der Bevölkerung“ sollen offenbar den Eindruck vermitteln, die Politik erfolge in deren Interesse. Die Bevölkerung aber ist keine homogene Einheit. Sie besteht aus Klassen und Schichten, wobei sich die beiden Hauptklassen - Proletariat und Bourgeoisie - antagonistisch gegenüberstehen. (...) Die Worte „Der Bevölkerung“ sind also eine Irreführung.

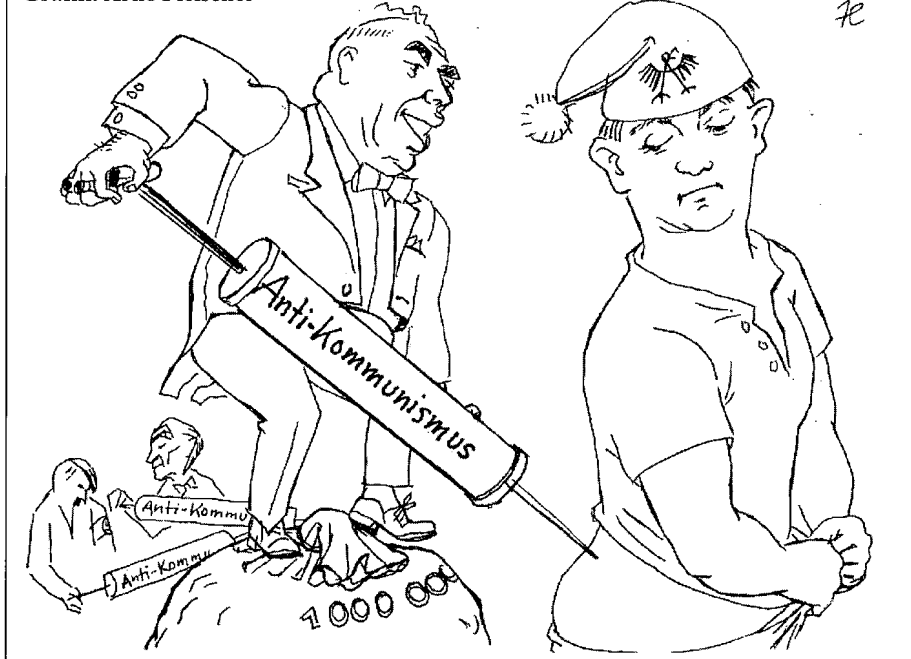
Herbert Thomas, Berlin

Dieser Tage sah ich im Fernsehen eine Sendung, in der die neuen Sondereinheiten bzw. Jagdkommandos der Bundeswehr vorgestellt wurden - unkenntlich gemachte, bis an die Zähne bewaffnete HiTec-Killertrupps, wie in Endzeit-Thrillern. Diese Einheiten sollen im In- und Ausland eingesetzt werden und befinden sich im Kosovo bereits in der Erprobung, sagte der Reporter. Da überkommt einen das Grauen, werden Erinnerungen an jene Jagdkommandos wach, deren Aufstellung das Oberkommando der Wehrmacht am 31. August 1942 befohlen hatte. (...) Sind die Liedertexte, in denen es heißt: „... über alles in der Welt“ oder „... und morgen die ganze Welt“ wirklich nur in „rechten Köpfen“?

Günter Werzlau, Schwedt

Klassenkampf - diesen Begriff hassen unsere Gegner. Sie möchten, daß er verschwindet. Aber nicht nur sie, sondern auch die PDS - eine sozialistische Partei - lehnt ihn ab (außer der KPF). In „RotFuchs“ Nr. 33 habt Ihr im Beitrag „Der Brand der Belgrader Moneda“ viele Beispiele angeführt, die dem schäbigen Akt gegen Milosevic ähneln. Deren Hintermänner sollen keine Klassenfeinde der arbeitenden Bevölkerung ihrer Länder sein? (...) **Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

Grafik: Arno Fleischer



Grafik: Herresbach



Zum 70. Geburtstag am **20. Dezember 2000** übermitteln wir unserer Genossin **Edith Schmitt** aus der Gruppe Nordost schon jetzt unsere aufrichtigen Glückwünsche. Kampf- und Lebensgefährtin unseres unvergessenen Genossen

Harry Schmitt, hat sie seit Jahrzehnten ihre Pflicht als Kommunistin vorbildlich erfüllt.

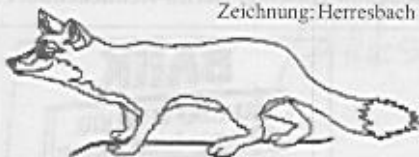


Lieber **Hans Lebrecht** in Israel! Dein **85. Geburtstag** ist uns Veranlassung, Dir - einem herausragenden Journalisten der internationalen kommunistischen Presse und standhaften Kämpfer für unsere marxistisch-leninistische

Sache - einen brüderlichen Gruß zu senden. Wir fühlen uns Dir trotz der großen räumlichen Entfernung sehr nahe.

Unseren beiden Jubilaren **Herbert Thomas**, der am 28. November 88 Jahre alt wird, und **Eberhard Bock**, der am 8. Dezember sein 87. Lebensjahr vollendet, eine feste Umarmung! Auch **Bruni B.**, **Harald**, **Manfred** und **Werner** werden älter und weiser. Wir grüßen sie herzlich.

Zeichnung: Herresbach



Liebe Leser, denkt Ihr Weihnachten auch an mich? Euer „Rotfuchs“

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
8. November 2000

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe:
6. Dezember 2000

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Die DKP-Gruppe Nordost lädt alle Mitglieder, Sympathisanten und Interessenten zu einer öffentlichen Parteiveranstaltung am **Dienstag, dem 19. Dezember 2000, um 18.00 Uhr** (bitte neue Anfangszeit beachten!) in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz ein.

Thema: „Warum wir den Palast der Republik verteidigen“

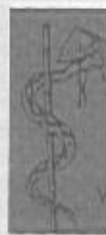
Gesprächspartner: Palastarchitekt und Nationalpreisträger **Dr.-Ing. Wladimir Rubinow**

Marx-Engels-Club der Berliner DKP:

29. November 2000, 19.00 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1: „Das Andere Amerika“
Diskussion mit Victor Grossman, Doris Pumphrey, George Pumphrey, Klaus Steiniger

13. Dezember 2000, 19.00 Uhr, gleicher Ort: „Wo liegen die Wurzeln des Neofaschismus in Deutschland?“

Podiumsdiskussion mit Erich Selbmann und Zeitzeugen



Vom **4. bis 16. Dezember 2000** findet täglich von 9 bis 18.00 Uhr vor dem Rathaus Zehlendorf der große Weihnachtsbasar des Vereins „Medizinische Hilfe für Viet-Nam“ statt.

Verkauft werden Kunsthandwerk aus Vietnam, Lackarbeiten, Seidenmalereien, Korbwaren, Reisstrohhüte, Schuhe aus China, Keramik, Holzspielzeug usw.

Vom Erlös kauft der Verein Medikamente, orthopädische Hilfsmittel und medizinische Geräte für Vietnam.



Grafik: Valeri Kurtu

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSDP):
Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:
Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock
Matthias Bublit
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer
Walter Florath
Ernst Heinz
Heinz Herresbach

Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Monika Kauf,
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt

Armin Neumann
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
SHAHAR
Karl-Eduard v. Schnitzler
Dr. Hartwig Strohschein
Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.